

Unterrichtung

**durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung
des Europarates**

**über die Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
vom 25. bis 29. April 1977 in Straßburg**

Während der April-Tagung (Erster Teil der 29. ordentlichen Sitzungsperiode) erörterte die Parlamentarische Versammlung des Europarates Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Empfehlungen und Entschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

- **Tätigkeitsbericht des Präsidiums**, des Ständigen Ausschusses sowie des Ausschusses für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur Öffentlichkeit

Die Versammlung nahm folgende Beschlüsse des Ständigen Ausschusses vom 18. März 1977 zur Kenntnis:

Empfehlung 806 betr. den Europäischen Museums-Preis

Entschluß 651 betr. Antwort auf den 9. Zweijahresbericht der FAO

Stellungnahme 81 betr. die Entschluß (76) 3 des Ministerkomitees über Strukturen, Richtlinien und Arbeitsmethoden der Ausschüsse und deren Anwendung im Kulturbereich

- **Haushalt und Intergouvernementales Arbeitsprogramm** (Haushaltsentwurf 1978 der Versammlung; das Zwischenstaatliche Arbeitsprogramm des Europarates — Erste Überarbeitung des mittelfristigen Planes 1976—1980)

Hierzu sprachen die Abg. Alber (S. 26; 27; 28), Dr. Ahrens (S. 27; 28)

Beschlüsse der Versammlung

Stellungnahme 82 betr. den Haushaltsentwurf 1978 der Versammlung

Stellungnahme 84 betr. die erste Überarbeitung des mittelfristigen Planes 1976—1980

— **Bericht des Ministerkomitees**

Hierzu sprachen die Abg. Alber (S. 9), Frau von Bothmer (S. 9)

— **Wirtschaft** (Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklung; das 6. Seminar über den internationalen Freiwilligendienst)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Vohrer (S. 5), Dr. Holtz (S. 5; 6), Dr. Müller (S. 6; 7)

Beschlüsse der Versammlung

EntschlieÙung 652 betr. die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklung

Empfehlung 807 und EntschlieÙung 653 betr. das 6. Seminar über den internationalen Freiwilligendienst

— **Politische Fragen** (Die allgemeine Politik des Europarates — Verwirklichung der Schlußakte der KSZE)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Ahrens (S. 10; 11), Dr. Mende (S. 11; 12), Frau von Bothmer (S. 12; 13; 14), Dr. Müller (S. 14; 15), Dr. Holtz (S. 15; 16), Dr. Geßner (S. 17; 18), Dr. Schwencke (S. 18; 19), von Hassel (S. 19; 20), Reddemann (S. 20; 21), Lemmrich (S. 21; 22)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 808 und EntschlieÙung 654 betr. die Verwirklichung der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

— **Sozialfragen** (Die vierte Kontrollperiode der Anwendung der Europäischen Sozialcharta)

Beschluß der Versammlung

Stellungnahme 83 betr. die vierte Kontrollperiode der Anwendung der Europäischen Sozialcharta

— **Rechtsfragen** (Die Qualifikation der Kandidaten für den Europäischen Gerichtshof für die Menschenrechte)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 809 und EntschlieÙung 655 betr. die Qualifikation der Kandidaten für den Europäischen Gerichtshof für die Menschenrechte

Die Reden der deutschen Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung sind nachstehend mit Auszügen der betreffenden Beschlüsse der Versammlung abgedruckt.

Die Parlamentarische Versammlung wählte den österreichischen Abgeordneten Karl Czernetz (S.P.O.) wieder zu ihrem Präsidenten. Abg. Kai Uwe von Hassel (CDU/CSU) wurde zum Vizepräsidenten gewählt.

Ausschußvorsitzende wurden die Abg. Alber (CDU/CSU) (Ausschuß für Haushalt und Intergouvernementales Arbeitsprogramm) und Frau von Bothmer (SPD) (Ausschuß für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit); stellvertretende Ausschlußvorsitzende wurden die Abg. Dr. Ahrens (SPD) (Ausschuß für Regionalplanung und Kommunalbehörden), Büchner (Speyer) (SPD) (Ausschuß für Sozialfragen und Gesundheit).

Die Versammlung wählte in den Ständigen Ausschluß als stellvertretende Mitglieder die Abg. Dr. Ahrens (SPD), Dr. Geßner (SPD), Schmidt (Kempten) (FDP).

Als portugiesisches Mitglied des Europäischen Gerichtshofes für die Menschenrechte wurde Joao de Deus P. Farinha gewählt.

Den turnusmäßigen Bericht des Ministerkomitees trug dessen amtierender Vorsitzender, der irische Außenminister Garret Fitzgerald vor.

Zur Versammlung sprachen der türkische Außenminister J. S. Caglayangil und der portugiesische Ministerpräsident M. Soares. An der Aussprache über die Verwirklichung der Schlußakte der KSZE nahmen parlamentarische Delegationen aus Kanada, Finnland, Schweiz und USA teil.

Bonn, den 7. Juni 1977

Dr. Manfred Geßner

Stellvertretender Sprecher

Kai Uwe von Hassel

Sprecher

Montag, 25. April 1977

Tagesordnungspunkt:

**Tätigkeitsbericht des Präsidiums,
des Ständigen Ausschusses sowie des
Ausschusses für die Beziehungen zu den
nationalen Parlamenten und zur Öffentlichkeit**

(Drucksache 3968)

Berichterstatter: Abg. König

Tagesordnungspunkt:

Haushalt 1978 der Versammlung

(Drucksache 3964)

Berichterstatter: Abg. Dequae

Alber (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Tu Geld in den Beutel“, läßt Shakespeare Othello sagen, und diese Forderung hätten wir eigentlich auch an das Ministerkomitee. Ich habe einmal gelesen, es gebe drei Menschenarten, die kein Geld hätten: Verschwender, Geizige und Arme. Im Grunde müßte man noch eine vierte Kategorie hinzuzählen, nämlich die Parlamentarier dieser Versammlung.

Das, was uns zur Verfügung steht — 12 Millionen französische Francs —, ist nicht viel, um die politische Arbeit leisten zu können, die eigentlich für die Bürger Europas und für Europa selber notwendig wäre. Wenn der **Haushalt des Jahres 1978** real auch etwas ansteigt — um ungefähr 4,4 % —, dann ist das nicht viel. Man muß bedenken, daß der laufende Haushalt des Jahres 1977 um etwa 4,8 % gegenüber dem Haushalt 1976 abnimmt. Das bedeutet, daß wir im kommenden Jahr 1978 trotz dieser Steigerung noch etwas weniger haben werden als im Jahre 1976.

Ich möchte nicht mehr auf die einzelnen Punkte eingehen, sondern nur einige noch kurz ansprechen. Wir bedauern sehr, daß die Mittel für die politischen Gruppen nicht erhöht worden sind. Selbst der beantragte Betrag von 300 000 französischen Francs ist keine große Summe. Die politischen Gruppen im Europäischen Parlament haben ca. 3,5 Millionen F.F. zur Verfügung, und sie haben weitere 2 Millionen F.F. beantragt und werden diese auch bekommen. Wenn Sie dies umrechnen, dann werden Sie feststellen, daß dies fast zwanzigmal soviel ist, wie die politischen Gruppen in diesem Hause bekommen.

Ein Weiteres! Die Experten, die wir dringend benötigen, sind nicht so dotiert, wie es notwendig wäre. Die beantragte A 6-Stelle wurde bereits angesprochen.

Deshalb wäre es meiner Meinung nach zu überlegen, ob man in dem jeweiligen **nationalen Haus-**

halt nicht in bezug auf den Haushalt des Europarates ein Splitting vornehmen könnte. Normalerweise ist im Etat des Außenministeriums der Betrag vorgesehen, der dem Europarat zugute kommt. Es wäre zu überlegen, ob man diesen Titel nicht splitten sollte. Die Zuweisung für die Parlamentarische Versammlung des Europarates könnte dann in einem eigenen Titel erscheinen. Ich könnte mir denken, daß wir so über unsere Kollegen in den nationalen Parlamenten eher die Möglichkeit hätten, zu anderen Steigerungsraten zu kommen. Die Beträge sind nämlich noch nicht hoch. Ich weiß aber, daß unsere Kollegen zu Hause die Arbeit des Europarates schätzen. Dieser Gedanke ist einer Prüfung wert, und wir sollten ihn weiterverfolgen.

Der Herr Generalsekretär hat dargestellt, wie die Kosten des Hauses sein werden. Es wäre tödlich, wenn diese Steigerung vom laufenden Budget abgezogen würde. Dann wäre nämlich der Europarat nichts anderes mehr als eine Institution zur Finanzierung des Gebäudes hier in Straßburg. Wir haben aber eine wichtige politische Arbeit zu erfüllen. Dazu brauchen wir eben auch Geld.

Lassen Sie mich abschließen, indem ich das aufgreife, was Herr Voogd gesagt hat: Auch ich danke dem Berichterstatter und dem Sekretariat. Ich bedanke mich gleichzeitig auch bei allen Mitgliedern des Ausschusses. Wenn das neudeutsche Wort „Frustration“ irgendwo angebracht ist, dann in bezug auf die Arbeit des Haushaltsausschusses. Es ist so, wie Herr Voogd gesagt hat: Wenn man jahrelang Erhöhungen der Mittel beantragt und wenn man jahrelang die gleiche Ablehnung hört, dann ist eine solche Arbeit in der Tat frustrierend. Ich meine, auch das Ministerkomitee müßte einsehen, daß es sich hier — und damit möchte ich schließen — wirklich um eine Arbeit handelt, die geleistet wird, um die Zukunft Europas besser zu gestalten.

Dienstag, 26. April 1977

Tagesordnungspunkt:

**Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet
der Entwicklung**

(Drucksache 3947)

Berichterstatter: Abg. de Niet

**Das 6. Seminar über den Internationalen
Freiwilligendienst**

(Drucksache 3962)

Berichterstatter: Abg. Page

*Ansprache des Generalsekretärs der UN-Konferenz
für Handel und Entwicklung (UNCTAD),
Gamani Corea*

Dr. Vohrer (FDP): Herr Präsident, ich wollte gerne an den Herrn Generalsekretär die Frage richten, inwieweit die sehr eingeeengte Diskussion — nämlich eingeeengt auf das **Rohstoffabkommen** und den integrierten Fonds — die gesamte Diskussion schwieriger gemacht hat und inwieweit dadurch die Offenheit in dieser Frage verlorengegangen ist. Ich bin der Ansicht, daß die jetzige Lösung, die von UNCTAD vertreten wird und die sehr stark mit dem Namen des Generalsekretärs verbunden ist, die Frage des realen **Ressourcentransfers** in starkem Maße ideologisiert hat.

Ich könnte mir vorstellen — und die Schwierigkeit der Verhandlungen in Genf über den Fonds hat das gezeigt —, daß eine offenere Diskussion mehr geholfen hätte, vorwärtszukommen, und daß die Bereitschaft, Alternativen anzuerkennen, der gegebenen Problematik angemessener gewesen wäre.

Deshalb meine Frage an den Generalsekretär: Zeigt UNCTAD eigentlich noch Bereitschaft zu Kompromissen, oder ist die jetzige Lösung, die von Ihnen, Herr Generalsekretär, vorgeschlagen wird, sehr dogmatisch zu verstehen und für Kompromisse wenig offen?

Generalsekretär Corea antwortet hierauf, die Verhandlungen über den Allgemeinen Fonds würden nicht von UNCTAD selbst, sondern von den einzelnen Mitgliedsregierungen geführt. UNCTAD stelle nur das Forum für die Verhandlungen dar. Mithin handle es sich darum, ob die Mitgliedsregierungen kompromißbereit seien. Die Entwicklungsländer hätten ihre Ansichten über den Fonds dargelegt, es fehle allerdings noch an klaren Alternativäußerungen der industrialisierten Länder. Außerdem bestünden noch zahlreiche Mißverständnisse über die Aufgabe des Allgemeinen Fonds, die zunächst beseitigt werden müßten.

Dr. Holtz (SPD): Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt gewisse Analogien zwischen dem Kampf der Dritten Welt für eine gerechtere **internationale Wirtschaftsordnung** und dem Befreiungskampf, den die Arbeiterbewegung seit mehr als hundert Jahren in den Industrieländern führt. Dies stellt der Bericht von Herrn de Niet fest, der Bericht, den ich vollständig gelesen habe, den ich einschließlich seiner Philosophie sehr schätze. Ich möchte an dieser Stelle auch Herrn de Niet Dank sagen für die Arbeit und für den fruchtbaren Gedankenaustausch der letzten vier Jahre.

Anschließend an die Überlegung bezüglich der Parallelität möchte ich die Auseinandersetzung zwischen armen und reichen Nationen den **Tarifkonflikt Nord-Süd** nennen, Tarifkonflikt Nord-Süd und nicht etwa West-Süd, weil ich der Auffassung bin, daß die **kommunistischen Industrieländer** sich nicht mit dem Hinweis aus der Verantwortung stellen können, sie hätten sich an der jahrhundertelangen Ausbeutung der Dritten Welt nicht beteiligt. Sie profitieren von der jetzt existierenden internationalen Wirtschaftsordnung, ja sogar von den Ölpreiserhöhungen, die ein Entwicklungsländer-Kartell durchgesetzt hat.

Nun, wie kann dieser Tarifkonflikt Nord-Süd geschlichtet werden?

Einige prinzipielle Bemerkungen vorab!

In einigen sehr wohlhabenden Industrieländern feiert der nationale Egoismus immer wieder neue Triumphe. Sie praktizieren gegenüber den Entwicklungsländern eine Gummiwand- und Defensivstrategie und retten sich mit verbalen vagen Zugeständnissen von Konferenz zu Konferenz. Diese Länder sind aufgerufen, endlich aus ihrem Bremserhäuschen zu kommen und für eine wirklich partnerschaftliche Strategie einzutreten, und zwar aus wohlverstandenen langfristigen Eigeninteresse und aus Gründen der Solidarität, der Gerechtigkeit und der politischen Moral.

Einige politische Parteien von Mitgliedstaaten des Europarates empfehlen eine selektive Strategie gegenüber den Entwicklungsländern. Man solle sich auf jene Länder konzentrieren, die für uns von rohstoffpolitischer und geostrategischer Bedeutung sind und in denen zentralwirtschaftlichen und jeglichen marxistischen Gedanken eine Absage erteilt wird. Eine derartige Selektionsstrategie ist meiner Auffassung nach abzulehnen, weil sie zutiefst inhuman ist, denn viele der ärmsten Entwicklungsländer, die über keine eigenen Rohstoffe verfügen, würden in ihren erbärmlichen Lebensbedingungen ohne Hoffnung auf Hilfe alleingelassen, und weil sie eine Politik mit Zuckerbrot und Peitsche wäre — belohnt würde ein ideologisches Wohilverhalten —, würde jedes Land bestraft, das auf Grund seiner eigenen historischen Bedingungen ein eigenes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem praktiziert, welches von unserem unterschiedlich ist. Entwicklungshilfe darf eben nicht zum Ideologieexport degradiert werden. Außerdem würden wir z. B. einigen afrikanischen Staaten keinen Gefallen damit tun, und wir würden sie gegen ihren Willen in die Arme einer anderen Supermacht treiben, von der sie nicht unbedingt kolonialisiert werden wollen.

Der kalte Krieg darf also nicht über die Hintertür der Entwicklungshilfe wiederbelebt werden. Im Gegenteil, wir brauchen heute neben der militärischen Entspannung die wirtschaftliche und soziale Entspannung gegenüber der Dritten Welt.

Ich komme jetzt zu den konkreten Schritten.

Erstens: Zustimmung zum **Integrierten Rohstoffprogramm**. Grundpfeiler der neuen internationalen Wirtschaftsordnung ist das Integrierte Rohstoffprogramm mit dem Gemeinsamen Fonds. Die Europäische Gemeinschaft hat kürzlich in Rom ein erstes positives Zeichen dazu gegeben. Ich fordere die Minimalisten, wie es in Ihrem Bericht, Herr de Niet, heißt, auf — darunter auch die Bundesrepublik und die USA —, ein grundsätzliches Ja zum Integrierten Rohstoffprogramm, einschließlich des Common Fund, auszusprechen. Gleichzeitig sollten die Industrienationen aber konkrete Vorschläge zur Realisierung machen, und leider hat Herr Gamani Corea heute nichts Konkretes dazu gesagt als das, was schon sattem bekannt ist.

Ich meine, dazu gehört, daß wir vermeiden, daß es zu einer Überschußproduktion kommt wie bei

den EG-Agrarmarktordnungen. Dazu muß gehören, daß wir Höchstankaufslimits für die Bufferstocks festsetzen, die ja von uns mitfinanziert werden sollen. Dazu gehört, daß man einzelne Rohstoffabkommen untereinander verbindet und zu einer gemeinsamen subsidiären Finanzierung kommt, um die Kosten geringer zu halten. Und dazu gehört, daß wir keine neue planwirtschaftliche Superbehörde schaffen. Herr Corea sprach von einem „strong sentiment“ der Entwicklungsländer gegenüber diesem Gemeinsamen Fonds und einer neuen Behörde. Gefühle respektiere ich; ob ich ihnen in jedem Fall folge, ist eine andere Sache. Ich meine, daß diese Behörde an eine bestehende Institution wie etwa den Internationalen Währungsfonds oder die Weltbank angebunden werden sollte.

Zweitens: Verbesserung des allgemeinen Präferenzsystems zugunsten der Entwicklungsländer, um der Forderung nach Öffnung der Märkte entgegenzukommen, und Verbesserung der **Konvention von Lomé**, die erstmalig für zwölf Rohstoffe eine Exporterlösstabilisierung praktiziert. Ich hätte gern gewußt, warum UNCTAD so wenig auf diesen ganz konkreten Vorschlag eingeht und immer starr an den eigenen Vorschlägen festhält. Dies, meine ich, wäre ein Vorschlag, den man dann zu einem Kompromiß gestalten könnte, von dem der Generalsekretär der UNCTAD soeben gesprochen hat.

Drittens: Eine **Erhöhung der Entwicklungshilfe** besonders der OECD-Länder, deren Entwicklungshilfeleistungen für die Dritte Welt äußerst bescheiden sind. Der Bericht nennt namentlich folgende Staaten des Eurorates: die Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Italien und die Schweiz. Nicht nur die Regierungen sind zu kritisieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind ja Parlamentarier, und ich habe mir sagen lassen, daß das Budgetrecht das vornehmste Recht eines Parlaments sei. Verändern wir die Prioritäten innerhalb der Ausgaben unserer Haushalte und versuchen wir, Mehrheiten in unseren Parlamenten dafür zu gewinnen, so wie es etwa in Schweden oder in den Niederlanden möglich war!

Für bemerkenswert und bedenkenswert halte ich den Vorschlag des amerikanischen Senators Mike Gravel aus Alaska. Er schlägt vor, eine Sondersteuer auf die multinationalen Konzerne zu erheben und diese Sondersteuer dann für die Dritte Welt einzusetzen. In § 56 des Berichts wird darauf näher eingegangen.

Viertens: Ein neuer **Marshall-Plan für die Dritte Welt**. Vor 30 Jahren, am 5. Juni 1947, hat George Marshall vor der Harvard University einen grandiosen Plan verkündet, nämlich den Marshall-Plan, ein Wiederaufbauprogramm für alle europäischen Länder. Leider konnten nicht alle europäischen Länder dieses Programm in Anspruch nehmen.

Ohne egoistische Scheuklappen haben die USA damals Europa geholfen, und zwar unter folgenden philosophischen Prinzipien: daß diese Hilfe Hilfe zur Selbsthilfe sei, daß damit gleichzeitig ein Eigeninteresse der Amerikaner verbunden sei — selbstverständlich, auch wenn die Hilfe zu einem gewis-

sen Teil geschenkt war —; und ich würde sagen, daß der größte Erfolg des Marshall-Plans darin bestand, daß er großen Erfolg hatte. Ich könnte mir vorstellen, daß ein ähnlicher „Marshall-Plan“ auch für die Dritte Welt eingesetzt werden könnte.

Ich freue mich, daß der Internationale Bund Freier Gewerkschaften zum 1. Mai — es sind noch fünf Tage bis zum 1. Mai — ein weltumspannendes Programm zur Lösung der Produktions-, Handels- und Währungsprobleme gefordert hat. Mit einem ähnlichen Plan — und ich erinnerte eben an den Marshall-Plan — müßte heute — so der IBFG — den Entwicklungsländern geholfen werden, ihre Hilfsquellen zu erschließen, die landwirtschaftliche und industrielle Produktion aufzubauen und leistungsfähige Binnenmärkte zu schaffen. Für die Industrieländer komme es darauf an — und da knüpfe ich an das an, was John Roper gesagt hat —, die für eine neue Weltwirtschaftsordnung erforderlichen tiefgreifenden Umstellungsmaßnahmen zu bewältigen. Erstmals hat sich damit die Arbeiterbewegung zum 1. Mai massiv für den Interessenausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern eingesetzt. Diesen Beitrag zur Lösung des Tarifkonflikts Nord-Süd begrüße ich ausdrücklich und schlage vor, daß sich die von McNamara angeregte und von Willy Brandt zu leitende Nord-Süd-Kommission mit der Verwirklichung dieses „Marshall-Plans“ für die Dritte Welt befassen möge.

Wir stehen heute davor, mehr Gleichheit der Chancen in der Welt durchzusetzen. Deshalb brauchen wir neue Anstrengungen, deshalb einen „Marshall-Plan“ für die Dritte Welt.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte die Gelegenheit, einen Vergleich der Entwicklung der armen Länder im Laufe der letzten 15 Jahre an einem Land explizit zu beobachten. Ich war im Jahre 1961 in einem afrikanischen Land, ich war im Jahre 1976 in dem gleichen Land. Das Land ist 1961 unabhängig geworden. Es hat neue Ordnungen eingeführt, und es hat gehofft, innerhalb dieser 15 Jahre einen Schritt vorwärts in Angleichung an die entwickelten Länder zu machen.

Die Beobachtungen waren interessant. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß sich im wesentlichen nichts geändert hat, ja, daß der Lebensstandard der Bevölkerung in den letzten 15 Jahren eher zurückgegangen ist, obwohl die Plantagen nicht mehr im Besitz von multinationalen Konzernen waren, sondern inzwischen längst in Volks- und Staatseigentum übergegangen sind. Die Löhne sind nicht wesentlich gestiegen, die Arbeitslosigkeit ist gewachsen — im Grunde genommen eine große Enttäuschung für einen Besucher.

Was können wir bei dieser Debatte aus diesem Beispiel lernen? Ich glaube, wir können daraus lernen, daß es eine Illusion ist, zu glauben, durch **Einführung neuer Ordnungen** eine Lösung des Nord-Süd-Konflikts herbeiführen zu können. Mein Vordr. Herr Kollege Holtz, aber auch der Berichtserstatter, Herr de Niet, haben von einer Analogie gesprochen, als sie sagten, der Befreiungskampf der Arbeiterbewegung der letzten hundert Jahre sei

in etwa mit dem zu vergleichen, was heute als Befreiungskampf der Dritten Welt abläuft. Wenn dies richtig ist — und ich glaube, man kann einen gewissen Vergleich ziehen —, dann sind auch die Schlußfolgerungen daraus interessant, die man aus der Erfahrung ziehen kann: In Ländern, in denen man den Wert darauf legte, daß die Arbeiterklasse vor allem die Institutionen entscheidend veränderte, ist der Lebensstandard, die Freiheit, die Möglichkeit, sich gewerkschaftlich zu betätigen, nicht in dem Maße angewachsen und gestiegen wie in den Ländern, die zwar demokratische Institutionen eingeführt haben, die sie vorher nicht hatten, die aber das marktwirtschaftliche System in verschiedenen Varianten, etwa in der Form der Sozialen Marktwirtschaft, erhalten haben. Wenn diese Analogie aus dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse auch im Hinblick auf die Entwicklungsländer einen Sinn haben soll, dann können wir, wie ich glaube, daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß es eine Illusion ist, zu glauben, durch die Einführung neuer Institutionen, neuer Wirtschaftsordnungen die Probleme lösen zu können.

Ich teile die Meinung des Kollegen Holtz, der vorhin in einem Punkte eine Warnung aussprach, als er im Falle des integrierten Rohstofffonds darauf hinwies, daß daraus etwas werden könnte wie der Gemeinsame Agrarmarkt in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Ich glaube, man sollte deswegen mit dem Begriff neuer Wirtschaftsordnungen sehr, sehr vorsichtig sein. Es genügt auch nicht — und das Beispiel der 15jährigen Entwicklung dieses einen Landes, das ich schon zitiert habe, beweist es —, etwa nur über multinationale Konzerne zu schimpfen oder über die Kapitalisten. Der Herr Kollege Cermolacce hat das heute in seiner bewährten Art wieder getan, als er diesen Bereich besonders aufgriff. Damit lassen sich diese Probleme nicht lösen. Der Kollege Cermolacce wäre konsequent gewesen, wenn er noch aus dem „Grundkurs des wissenschaftlichen Kommunismus“, herausgegeben von Herrn Afanassjew, Mitglied des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der Sowjetunion, noch den Satz zitiert hätte, wo er sich nicht nur gegen die multinationalen Konzerne richtet, sondern wo er weiterlaufend auf Seite 354 sagt, es komme darauf an, daß die kommunistische Weltbewegung den kapitalistischen Staaten den Zugang zu den Rohstoffen allmählich abschneide. Hier spielen gelegentlich andere Gedanken mit hinein, die wir nicht weiter erörtern müssen.

Lassen Sie mich noch einen Punkt aufgreifen, der mir ebenfalls aufgefallen ist und den ich in der Sache entschieden unterstützen möchte, wobei ich aber darauf hinweisen möchte, daß man das durchaus von verschiedenen Seiten sehen kann. Ich befürworte durchaus die Aufforderung, das Wettrüsten einzustellen und die dadurch freiwerdenden Mittel für die **Entwicklungshilfe** zu verwenden. Nur wissen wir doch, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, daß es eine ganze Reihe von Entwicklungsländern gibt, die in einem Umfange militärisch aufrüsten, die einen Anteil des Bruttosozialproduktes für die **militärische Aufrüstung** verwenden, der wesentlich höher ist als etwa der Anteil des Brutto-

sozialprodukts in den entwickelten Ländern Westeuropas.

Auch die Großmächte sind kräftig daran beteiligt — die Imperialisten, wie Herr Cermolacce sagen würde. Ich darf hier zwei Zahlen nennen: Von 1950 bis 1975 haben die Vereinigten Staaten für 13,4 Milliarden Dollar Waffen an Entwicklungsländer verkauft — Geld, das sicher nützlicher im Bereich der Entwicklungshilfe angelegt worden wäre. Die Sowjetunion wollte natürlich im Wettlauf der Supermächte nicht abseits stehen und hat etwa für die gleiche Summe, ja, für 800 Millionen Dollar mehr, für 14,2 Milliarden Dollar Waffen an Entwicklungsländer verkauft. Bitte, stellen Sie sich einmal vor, was man mit den fast 30 Milliarden Dollar — Frankreich, in geringem Maße die Bundesrepublik, Großbritannien und auch noch andere Länder sind ebenfalls an diesen Waffengeschäften beteiligt — im Bereich der Entwicklungshilfe hätte leisten können.

Wir müssen also sehen, daß es nicht nur genügt, Appelle an diejenigen der entwickelten Länder zu richten, die am Rüstungswettlauf beteiligt sind, sondern daß auch Appelle an die Entwicklungsländer zu richten sind, die sich durch ihre Aufrüstungspolitik zum Teil selbst von Ressourcen entblößen, die sie dringend brauchten, um ihre Probleme lösen zu können.

Eine letzte Bemerkung. Ich möchte das Wort vom **Marshall-Plan** aufgreifen, das heute hier gefallen ist. Der Marshall-Plan war nach 1945 ein großer entscheidender Beitrag der Vereinigten Staaten zum Wiederaufbau in Europa. Der Marshall-Plan ist aber zugleich ein Beispiel dafür, wie ein solches Hilfsprojekt funktionieren kann und funktionieren muß. Ohne das Geld der Amerikaner im Rahmen des Marshall-Plans wären bestimmte Entwicklungen nicht möglich gewesen. Das Geld alleine war aber auch nicht entscheidend, denn die Voraussetzung, um das Geld anwenden zu können, war die Tatsache, daß es in Europa Arbeitskräfte mit einer qualifizierten Ausbildung gegeben hat, die dieses Hilfgeld auch umsetzen konnten. Deswegen ist in den Entwicklungsländern das Erziehungsproblem als bedeutend anzusehen. Geld allein genügt nicht, man muß es auch umsetzen können.

Lassen Sie mich dazu zum Schluß noch eine Bemerkung machen: Gerade der Marshall-Plan war ein Beispiel dafür, daß man Hilfsprobleme marktwirtschaftlich am vernünftigsten lösen kann. Auch das sollte eine Schlußfolgerung für die Debatte um die Entwicklungshilfe sein.

Entschliebung 652

betr. die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklung

Die Versammlung

1. nimmt Kenntnis vom Bericht ihres Ausschusses für Wirtschafts- und Entwicklungsfragen (Dok. 3947);
2. ist tief besorgt über die mageren Entwicklungsaussichten in den meisten, vor allem in den am

- wenigsten entwickelten und bevölkerungsreichsten Entwicklungsländern;
3. ist der Auffassung, daß die dringende Notwendigkeit der wirksamen Bekämpfung der Armut in der Dritten Welt eine Reform der internationalen Wirtschaftsordnung notwendig macht;
 4. bedauert die Tatsache, daß die offizielle Entwicklungshilfe der Mitgliedsländer des OECD-Ausschusses für Entwicklungshilfe (DAC) während des letzten Jahrzehnts trotz der jüngsten Verbesserung der Leistungen einiger dieser Länder real zurückgegangen ist;
 5. verweist auf den Anstieg der offiziellen Entwicklungshilfe durch einige OPEC-Mitglieder und China und die anhaltend mäßige Anstrengung der Industrieländer Osteuropas;
 6. ist der Auffassung, daß die Nord-Süd-Solidarität eine Voraussetzung für das langfristige friedliche Überleben aller Länder ist;
 7. betont, daß die Nord-Süd-Zusammenarbeit zu den vorrangigsten Angelegenheiten in der Außenpolitik der Länder des Europarates gehören sollte;
 8. bedauert, daß die Vierte Sitzung der UNCTAD und bislang auch die Konferenz über Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Paris keine wesentlichen Ergebnisse gezeitigt haben;
 9. fordert die Regierungen der Industriestaaten sowie auch der Entwicklungsländer auf, alles zu unternehmen, um gegenseitige Verpflichtungen einzugehen und die gravierenden Ungerechtigkeiten in der Einkommensverteilung zwischen und in allen Ländern zu verringern;
 10. fordert alle betroffenen Mitgliedsländer des Europarates auf, ihre Kooperationsprogramme auf dem Gebiet der Entwicklung im Hinblick auf die Ausarbeitung einander mehr ergänzender und umfassenderer Maßnahmen ständig zu überprüfen und dadurch folgendes zu fördern:
 - a) im Hinblick auf Handel und Industrialisierung:
 - I. den Zugang zu ihren Märkten für die Exporte der Entwicklungsländer durch eine allmähliche und ständige Verbesserung ihrer allgemeinen Zollpräferenzen für Industrierzeugnisse;
 - II. gegebenenfalls eine parallele und allmähliche Umstrukturierung der inländischen Industrien, um die Auswirkungen des Wettbewerbs aus den Entwicklungsländern auf die Beschäftigungslage zu berücksichtigen;
 - III. die Beseitigung des großen Ungleichgewichts in der Industrieproduktion zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern durch Unterstützung der Aktivitäten der UNIDO (United Nations Industrial Development Organization);
 - IV. ein baldiges Abkommen — im Rahmen der UNCTAD — über das integrierte Warenprogramm;
 - b) im Hinblick auf Hilfsleistungen und Finanzen:
 - I. eine allmähliche und ständige Erhöhung der offiziellen Entwicklungshilfe im Hinblick auf eine wesentliche Erhöhung bis zum Ende dieses Jahrzehnts, insbesondere in den Ländern, die weit unter dem Soll von 0,70 % des Brutto-sozialprodukts liegen;
 - II. eine stärkere Konzentrierung der offiziellen Hilfe zugunsten der am wenigsten privilegierten Gruppen der Bevölkerung in Entwicklungsländern, um ihre grundlegenden Erfordernisse innerhalb eines angemessenen Zeitraums zu erfüllen;
 - III. Investitionen in der Dritten Welt unter gleichzeitiger Respektierung der wesentlichen Ziele des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts in den Aufnahmeländern.
 - c) im Hinblick auf institutionelle Angelegenheiten:
 - I. eine wesentliche Reform — im Rahmen der gegenwärtigen multilateralen Handelsgespräche des GATT — der Grundregeln des internationalen Handels im Geiste der Solidarität zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern;
 - II. die baldige Überprüfung der Wirtschafts- und Entwicklungskompetenzen der Vereinten Nationen und ihrer Organisationen im Hinblick auf eine größere Aufgeschlossenheit gegenüber den Bedürfnissen und Wünschen armer Länder;
 11. fordert alle betroffenen Länder auf, das Wett-rüsten einzustellen und die dadurch freigewordenen Ressourcen für die Entwicklungshilfe zu verwenden;
 12. fordert alle DAC-Länder auf, die nicht Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft sind, soweit sie dies noch nicht getan haben, ihre allgemeinen Zollpräferenzen auf folgende Mitglieds-länder des Europarates auszudehnen: Zypern, Griechenland, Malta, Portugal und die Türkei;
 13. fordert die Industrieländer Osteuropas auf, ihre Bemühungen zugunsten der Entwicklungsländer, vor allem durch eine angemessene Erhöhung ihrer offiziellen Entwicklungshilfe und durch eine Erleichterung des Zugangs der Exporte der Entwicklungsländer zu ihren Märkten zu verstärken;
 14. beschließt, in Abstimmung mit der OECD und unter Mitwirkung der Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung und Abgeordneten aus allen DAC-Mitgliedsländern, die sich besonders mit der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklung befassen, ein Symposium über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklung durchzuführen.

Tagesordnungspunkt:

Bericht des Ministerkomitees

(Drucksache 3965 und Anhang)

Berichterstatter: Außenminister Garret Fitzgerald
(Irland)

Alber (CDU/CSU): Having learned that the cost of maintaining and servicing the new building is still rising, and gravely perturbed by the problems this causes for the operational budget of the Council of Europe;

Recalling that the new building was designed not only for the Council of Europe, but also as a meeting place for the European Parliament's sessions in Strasbourg;

Noting that a working party has been set up by the Committee of Ministers to examine the possibilities of reducing the growth rate of the administrative costs of the Council of Europe;

Welcoming the fact that the European Parliament continues to hold sessions in Strasbourg,

To ask the Chairman of the Committee of Ministers:

Whether he will take steps to ensure that the increased **maintenance costs of the new building** (compared with the old) do not affect the resources allocated to the Assembly, the Court and Commission of Human Rights, and all the operational activities detailed in the Medium-Term Plan.

Außenminister Fitzgerald antwortet, das Ministerkomitee habe den Haushaltsausschuß angewiesen, Möglichkeiten der Verminderung der Zuwachsraten in den Verwaltungskosten des Europarates zu prüfen, und erwarte im kommenden September hierüber einen Bericht.

Alber (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Minister! — Ich hätte nur noch die Zusatzfrage, ob gewährleistet ist, daß möglicherweise steigende Kosten des Gebäudes nicht zu Lasten der politischen Arbeit des Europarates gehen.

Außenminister Fitzgerald sagt, eine Entwicklung, bei der die politische Arbeit des Europarates aufgrund von Kosten für das Gebäude eingeschränkt werden sollte, sei völlig unannehmbar.

Frau von Bothmer (SPD):

Considering that the **Committee of Ministers** regularly issues, at the end of its twice-yearly session at ministerial level, **press communiqués** which give only a minimum of information, and when meeting at Deputy level, the committee never issues a communiqué at all;

Considering that the last (59th) session of the Committee of Ministers offers a recent example: this session was attended by Foreign Ministers in person from almost every member state; a debate on the follow-up of Helsinki and the preparation of

Belgrade (CSCE) took place which, at the subsequent colloquy, the Assembly was led to believe was of a high level of interest and political significance; it might thus have been expected to result in a press communiqué which would have been widely taken up by the press; instead, the communiqué conveyed the impression of a routine exchange of views of no interest and the press, understandably, ignored it; in contrast, the Council of the Communities, meeting shortly afterwards to discuss the same subject and presumably reaching very similar conclusions, issued a communiqué which, because it clearly stated these conclusions, attracted widespread press attention,

To ask the Chairman of the Committee of Ministers:

- a) whether the Committee of Ministers attaches importance to the impact of its communiqués on press and public opinion;
- b) whether the Committee of Ministers realises that, at the moment, this impact is virtually nil;
- c) whether the Committee of Ministers appreciates that, given the contents of its communiqués, this result is inevitable;
- d) whether the Committee of Ministers will instruct the Secretary General to propose measures for improving the style and substance of its communiqué and give instructions to the Ministers' Deputies to issue press communiqués on their most important decisions;
- e) what other steps the Committee of Ministers envisages to achieve the necessary improvements.

Außenminister Fitzgerald erwidert, das Ministerkomitee messe dem Pressekommuniqué große Bedeutung bei. Hinsichtlich dessen Inhalts sei zu berücksichtigen, daß es die durchaus nicht immer übereinstimmenden Ansichten von 19 Delegationen umfassen müsse. Darüber hinaus bemühe sich das Ministerkomitee in Pressekonferenzen weitere Informationen zu geben. Im vorliegenden Falle sei der Unterschied zwischen Kommunikés des Rates der Europäischen Gemeinschaften und Presseerklärungen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit zu beachten.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des türkischen Außenministers**J. S. Caglayan**

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Minister, ich möchte nicht in die Geschichte zurückgehen, sondern erbitte von Ihnen einen Ausblick auf die Zukunft. Es bestehen, wie wir alle wissen, Probleme zwischen den beiden Nachbarländern, die so sehr aufeinander angewiesen sind, **Türkei** und **Griechenland**. Diese Probleme betreffen aber nicht nur die Zypernfrage, die bisher im Vordergrund stand, sondern auch andere Fragen, wie Sie wissen, etwa die Frage des Fest-

landssockels in der Ägäis, Fragen der Gewinnung von Bodenschätzen und ähnliches.

Meine Frage ist nun: Sehen Sie einen Sinn darin, Verhandlungen über das Gesamtpaket der Probleme zwischen Griechenland und der Türkei zu führen, d. h. alle Probleme gemeinsam „in einem Aufwaschen“, wie man in meiner Sprache sagt, anzufassen, oder die einzelnen Probleme getrennt anzugreifen.

Ich habe noch eine zweite Frage, die in eine ganz andere Richtung führt. Sie kennen die **Konvention von Montreux**, die die Meerenge der Dardanellen betrifft. Ist die Türkei der Meinung, daß diese Konvention nach wie vor Gültigkeit hat und Anwendung findet, oder hat sich die Türkei etwa im Hinblick auf die Passage des Helikopterträgers „Kiew“ durch die Dardanellen zu einer neuen nicht ganz der von Montreux entsprechenden Auffassung durchgerungen?

Außenminister Caglayangil antwortet, die laufenden Gespräche zwischen der Türkei und Griechenland über den Kontinentalsockel und den Luftraum hätten Fortschritte erbracht und ließen gute Ergebnisse erwarten.

Dr. Müller (CDU/CSU): Darf ich noch um die Beantwortung der zweiten Frage, betreffend die Konvention von Montreux, bitten.

Außenminister Caglayangil sagt, für eine Revision der Konvention von Montreux bestehe keine Notwendigkeit. Sie habe ein Gleichgewicht herbeigeführt, das niemand zu stören trachte.

Mittwoch, 27. April 1977

Tagesordnungspunkt:

Die allgemeine Politik des Europarates — Verwirklichung der Schlußakte der KSZE

(Drucksache 3951)

Berichterstatter: Abg. Aubert (Politischer Ausschuß)

Weitere Berichterstatter: Abg. de Koster (Politischer Ausschuß, Drucksache 3952), Abg. Broger (Ausschuß für Wirtschaft und Entwicklung, Drucksache 3953), Abg. Karasek (Ausschuß für Kultur und Erziehung, Drucksache 3958), Abg. Boucheny (Ausschuß für Wissenschaft und Technologie, Drucksache 3954), Abg. **Dr. Ahrens** (Ausschuß für Regionalplanung und Kommunalbehörden, Drucksache 3955), Abg. Frau Gradin (Ausschuß für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen, Drucksache 3956), Abg. **Dr. Mende** (Ausschuß für die europäischen Nicht-Mitgliedsländer, Drucksache 3957), Abg. Gonella (Rechtsausschuß, Drucksache 3959), Abg. **Frau von Bothmer** (Ausschuß für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit, Drucksache 3960).

Dr. Ahrens (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Abwesenheit unseres Kollegen De-lorme darf ich Ihnen den Bericht des Ausschusses für Raumordnung und Kommunalpolitik vorlegen. Die Zuständigkeit dieses Ausschusses ist von den Vereinbarungen von Helsinki in zweifacher Hinsicht berührt: in den Angelegenheiten des **Umweltschutzes** und in denen der **Raumordnung**. Man kann feststellen, daß vor Helsinki in diesen wichtigen Bereichen kaum eine Zusammenarbeit stattgefunden hat. Seit den Vereinbarungen des Jahres 1975 können wir einige, wenn auch nur bescheidene Ansätze für eine Zusammenarbeit feststellen. Daß offenbar auch die osteuropäischen Staaten die Notwendigkeit erkannt haben, über die Fragen des Umweltschutzes und der Raumordnung mit dem Westen zu sprechen, ist um so erfreulicher, als uns gerade Ereignisse aus den letzten Tagen zeigen, daß Gefahren für unsere Umwelt durch Grenzen auch nicht im geringsten aufzuhalten sind.

Ich sagte, daß einige vorsichtige Ansätze für eine Zusammenarbeit spürbar sind, nicht mehr, aber auch nicht weniger, Ansätze in einigen territorialen und sachlichen Teilbereichen. Dabei verfahren die osteuropäischen Staaten offenbar nach einem genauen Plan und nach einer verabredeten Arbeitsteilung. So hat z. B. Bulgarien im vergangenen Jahr ein Programm zum Schutze der Donau und des Schwarzen Meeres vorgeschlagen, das von allen Anliegerstaaten gemeinsam erarbeitet und gemeinsam beschlossen werden soll.

Politisch vielleicht bedeutsamer ist, daß die Sowjetunion angeregt hat, europäische Konferenzen für Fragen des Umweltschutzes, des Verkehrs und der Energie einzurichten. Diese Konferenzen sollen von der **Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa** vorbereitet werden. Die gegenwärtig in diesen Tagen in Genf tagende Konferenz dieser Kommission wird sich mit dieser sowjetischen Anregung zu beschäftigen haben. Ein praktisches Ergebnis einer Zusammenarbeit nach Helsinki ist die Vereinbarung von Osimo zwischen Italien und Jugoslawien. Diese Vereinbarung wird nicht nur vertrauensbildend wirken in einem Raum, der in der Vergangenheit oft besonders spannungsgeladen war, sie wird auch die praktische Zusammenarbeit im Bereich der Raumordnung und des Umweltschutzes in diesem Grenzgebiet verbessern.

Hinzuweisen ist auch auf die verbesserte Zusammenarbeit der Anliegerstaaten der Ostsee, eines Meeres, das durch die Einleitung ungeklärter Abwässer in besonderem Maße gefährdet war und auch heute noch gefährdet ist.

Diese wenigen Beispiele mögen zeigen, daß es möglich ist, in pragmatischer Weise im Bereich des Umweltschutzes zusammenzuarbeiten. Diese Zusammenarbeit ist von um so größerer Bedeutung, als im Bereich des Umweltschutzes allzu leicht Schäden entstehen können, die erst nach vielen Jahren oder überhaupt nicht mehr geheilt werden können. So haben etwa im vergangenen Jahr Kaliwerke, die in der Deutschen Demokratischen Republik gelegen sind, in die Flüsse, die nach Westen fließen, soviel Salz eingeleitet, daß nicht nur der gesamte Fischbe-

stand vernichtet wurde, sondern sogar Betonmauern durch die Salzbefrachtung der Flüsse angegriffen wurden.

Dieses eine Beispiel zeigt, daß wir mit Nachdruck darauf hinwirken müssen, daß die Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes wesentlich verbessert werden kann und verbessert werden muß. Wir schlagen daher vor, in die Empfehlung eine entsprechende Ergänzung aufzunehmen, die Sie im Dokument 3955 vorliegen haben. Wir haben ebenfalls angeregt, die Resolution entsprechend zu ergänzen.

Dr. Mende (CDU/CSU): Herr Präsident! Sehr verehrte Gäste! Verehrte Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung! In diesem Raum sitzen die frei gewählten Vertreter aus 19 europäischen Staaten. Sie repräsentieren rund 350 Millionen europäischer Mitbürger. Wir hoffen, daß in Kürze Spanien als 20. europäischer Staat seine gewählten Parlamentarier in diesen Saal entsenden wird, so daß dann hier 20 Staaten mit rund 400 Millionen Europäern supranational politisch vereinigt sein werden.

Der Ausschuß für die Nichtmitgliedstaaten hat, wie sein Name schon sagt, die europäische Verantwortung für jene Länder, die nicht die Möglichkeit, nicht das Glück und vielleicht auch nicht die Freiheit haben, hier nach ihrem eigenen Willen vertreten zu sein. Die besonderen Aufgaben unseres Ausschusses bestehen in der Wahrung der **Menschenrechte** und dessen, was in Korb III der Schlußakte von Helsinki umrissen ist, also insbesondere der **freien Bewegung für Personen und Informationen**.

Der Ausschuß kam bei einer sorgfältigen Analyse der Lage zu folgenden Ergebnissen:

In letzter Zeit ist eine gewisse Verbesserung hinsichtlich der Freizügigkeit, insbesondere hinsichtlich der Einreisen in die DDR, nach Polen, nach Ungarn, nach Rumänien und in die UdSSR festzustellen.

Hinsichtlich der Ausreisen kann dasselbe leider nicht behauptet werden. Die Lage ist hier unterschiedlich. Positiv sind die Möglichkeiten der Ausreise aus Jugoslawien sowie auch aus Polen und Ungarn zu beurteilen. Beschränkt sind die Möglichkeiten der Ausreise aus Rumänien und aus der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Minimal sind leider die Möglichkeiten der Ausreise aus der DDR. Hier dürfen im allgemeinen nur Rentner nach dem Westen ausreisen, und zwar Männer, wenn sie das 65. Lebensjahr überschritten haben, und Frauen, wenn sie über 60 Jahre alt sind. Fünf Jahre nach Abschluß des Grundlagenvertrages und zwei Jahre nach Helsinki hat sich leider das SED-Regime in Ost-Berlin nicht in der Lage gesehen, wenigstens das Mindestalter der Personen, die nach dem Westen reisen dürfen, um zehn Jahre herabzusetzen.

Insgesamt ist die Zahl der Reisenden von Ost nach West nicht adäquat der Zahl der Reisen von West nach Ost. Hier ist ein Widerspruch nicht aufzulösen: Auf der einen Seite wird den westlichen Demokratien vorgeworfen, daß in den kapitalistischen Systemen insbesondere die Arbeiter unterdrückt würden, während in den Volksdemokratien, in den

„Arbeiter- und Bauernstaaten“, buchstäblich alle Freiheiten und das Glück der Menschen praktiziert seien. Auf der anderen Seite können es sich aber die westlichen Demokratien leisten, ihre Systeme dem freien Entscheid ihrer Bürger bei freien Wahlen zu unterwerfen. Hier kann man sagen, was man will, man kann schreiben, was man will, man kann denken, wie man will, man kann reisen, wohin man will, und man kann auch ausreisen, wenn man und wohin man will. Alles das ist den Volksdemokratien nicht möglich. Diese können ihren Angehörigen meistens noch nicht einmal erlauben, zu singen, wie sie wollen, wie das der Fall des Liedermachers Wolfgang Biermann beweist.

Die DDR setzt leider auch nach Helsinki trotz der Unterschrift Erich Honeckers unter die Schlußakte ihre Abgrenzungspolitik fort. Immer noch wird an der innerdeutschen Grenze weitergeschossen; der italienische Lastwagenfahrer Benito Corghi, überzeugter Kommunist, war Ende des vergangenen Jahres das letzte bekannte Opfer des innerdeutschen Schießbefehls.

Die **innerdeutsche Grenze** ist mit 1 350 km von der Lübecker Bucht bis Hof in Bayern die am meisten verdrahtete, vermint und bewachte Grenze der Welt!

Die tschechoslowakische Republik hat sich in letzter Zeit leider bei der Behandlung aller jener zu neostalinistischen Methoden zurückentwickelt, die sich als Anhänger Dubceks aus dem Prager Frühling 1968 oder im Zusammenhang mit der „**Charta 77**“ zu einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz bekennen. Im Bericht sind einige beklagenswerte Einzelheiten angeführt, die die Verfolgung aller derer betreffen, die die „**Charta 77**“ unterschrieben haben. Ich möchte ein Beispiel aus jüngster Zeit nennen: Dr. Milan Kudla, Rechtsanwalt aus Prag, Mitglied der Kommunistischen Partei, verlor, weil er Anhänger des Systems Dubceks war, Arbeit und Parteimitgliedschaft. Er wurde Hilfsarbeiter bei der Prager Straßenreinigung. Auch diese Stelle hat er jetzt verloren. Er wurde verhaftet, weil er das Manifest der „**Charta 77**“ unterschrieb. Seine Frau Olga ist krank. Die Tochter Sarka, durch Heirat mit einem österreichischen Staatsbürger Österreicherin geworden, bemüht sich, ihre Eltern durch Familienzusammenführung nach Österreich zu bekommen. Trotz der Unterstützung auch durch Bundeskanzler Bruno Kreisky ist das Schicksal Dr. Milan Kudlas nach wie vor ungelöst.

Sehr hart ist auch die Lage der **jüdischen Staatsbürger in der Sowjetunion**; sie ist erschreckend negativ. Die jüdischen Mitbürger in der Sowjetunion werden verfolgt, wenn sie sich auf Helsinki und insbesondere auf Korb III der Schlußakte berufen. Ein Beispiel aus jüngster Zeit: Der 29jährige Mathematiker Anatoly Sharansky wurde am 15. März dieses Jahres unter absurden und unhaltbaren Beschuldigungen verhaftet. Er ist lebensgefährlich erkrankt. Seine Ehefrau Natalia Sharansky bemüht sich mit Hilfe vieler Mitleidender aus Israel um Hilfsmaßnahmen für ihren verfolgten Mann. Sie sitzt in dieser Minute mit ihren Freunden hier auf

der Tribüne, Herr Präsident, und sie hofft, daß auch von dieser Debatte eine Wirkung auf die öffentliche Meinung ausgeht, damit Fälle wie der des Anatoly Sharansky und andere nach der Schlußakte von Helsinki nicht unkritisiert und unwidersprochen bleiben.

Auch in Rumänien ist in letzter Zeit eine Verschärfung zu beklagen. Hier sind Spannungen zwischen der Regierung und den 2 Millionen umfassenden ungarischen und sächsischen **Minderheiten Siebenbürgens** wegen der Unterdrückung der Menschenrechte entstanden. Das hat die Weltpresse sehr beschäftigt. Die „Neue Zürcher Zeitung“ ist in zwei Wochenendausgaben Anfang April durch Korrespondenten aus Cluj (Kolosvar, Klausenburg) und Tirgu-Mures aufgetreten, um die Öffentlichkeit auf diese Entwicklung der ungarischen und Siebenbürger Minderheit aufmerksam zu machen. Aber da es sich hier um Spannungen zwischen zwei Staaten des kommunistischen Bereichs handelt, hat der Ausschuß davon abgesehen, das im einzelnen zu behandeln.

Herr Präsident, gestatten Sie mir, noch eine Minute der Redezeit meines Kollegen Ahrens für eine Schlußbemerkung zu nutzen. Natürlich steht das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten in einem Spannungsverhältnis zu den Menschenrechten, und natürlich gibt es ideologische Unterschiede hinsichtlich der Einstufung der Menschenrechte in den einzelnen Systemen. Aber dieses Hohe Haus hat die Pflicht, nach dem zu handeln, was seit 1215, also seit der Magna Charta libertatum, gilt, was in der Bill of Rights und der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776, in den großartigen Formulierungen Thomas Jeffersons und in den Droits de l'homme et des citoyens der französischen Geschichte verankert ist und was in der Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen und dieses Hauses festgelegt ist. Wir dürfen nicht aus irgendwelchen opportunistischen Gründen von dieser jahrhundertelangen selbstverständlichen Interpretation der rights and liberties irgendeinen Zoll abgehen. Wir müssen in unseren Systemen sicherstellen, daß der Mensch im Mittelpunkt aller Dinge steht: Vermenschlichung des Staates und nicht Verstaatlichung des Menschen. Auch um einer abstrakten Entspannung willen darf nicht in einem neuen Opportunismus etwas von den Prinzipien der Menschenwürde und der Menschenrechte geopfert werden. Der Opportunismus der 30er Jahre, den westliche Demokratien auch gegenüber einem totalitären System praktiziert haben, hat uns alle bitter büßen lassen.

Frau von Bothmer (SPD): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Entsprechend der Aufgabe, die unser Ausschuß hat, hat er sich auch mit den Aktivitäten dieses Hauses beschäftigt, die die Schlußakte von Helsinki betreffen. Wir haben infolgedessen die Mai-Debatte von 1975 und die damalige Resolution 625 in unsere Betrachtungen einbezogen, in der diese Versammlung ihren Entschluß bekräftigt hat, Anfang 1977 eine neue Debatte über die KSZE zu führen.

Als nun der politische Ausschuß federführend diese Debatte vorbereitete, wurden auch wir gebeten, unsere Aufgabe im Rahmen dieser Debatte wahrzunehmen und einen Bericht vorzulegen. Für diesen Bericht haben wir uns zwei Hauptaufgaben gestellt. Einmal wollten wir über die Aktivitäten der nationalen Parlamente und der Mitgliedstaaten berichten, die sich auf die Schlußakte von Helsinki bezogen. Zum anderen wollten wir die nationalen Parlamente ihrerseits über die Arbeiten der parlamentarischen Versammlung unterrichten, die sich auf diese Schlußakte bezogen. Das letzte wird nach Abschluß dieser Debatte der Fall sein.

Damit wir dieser Aufgabe gerecht werden konnten, haben wir an die 19 Delegationen der nationalen Parlamente einen Fragebogen geschickt. Es sollte uns in den Stand versetzen, zu erfahren, welche **Aktivitäten in den einzelnen Parlamenten** ergriffen worden sind, **die sich auf die Schlußakte bezogen**. Mit diesem Fragebogen wollten wir nicht nur Informationen sammeln. Vielmehr wollten wir mit den Antworten ein Instrument gewinnen, um den Mitgliedern dieses Hauses den Stand der Diskussion und den Wert und die Wichtigkeit zu vermitteln, die diese Diskussion in den einzelnen nationalen Parlamenten gewonnen hat. Damit sollten sie einen Beurteilungsmaßstab gewinnen.

Unser Fragebogen umfaßte vor allem folgende vier Fragen: Welche speziellen Debatten haben in den Parlamenten über die Anwendung der Schlußakte stattgefunden? Sind parlamentarische Anfragen zur Schlußakte gestellt worden, und wenn ja, welche? Welche wichtigen Bezugnahmen auf die Schlußakte hat es sonst in den nationalen Parlamenten gegeben? Ist an die Einrichtung von speziellen Parlements-ausschüssen zur Überwachung der Einhaltung der Helsinki-Beschlüsse gedacht worden?

Soviel wir in Erfahrung bringen konnten — leider haben nicht alle Delegationen unseren Fragebogen beantwortet —, haben besonders im norwegischen Parlament, im schweizerischen Parlament, im englischen Parlament und im Parlament der Bundesrepublik Deutschland ausführliche Debatten über die Schlußakte von Helsinki stattgefunden, in der Bundesrepublik Deutschland noch im März dieses Jahres.

Bemerkenswert ist, daß eigentlich alle Regierungen im gleichen Sinne geantwortet haben. Wenn ich es einmal grob skizzieren darf, dann ist der Sinn der Antworten der: es ist ein Fortschritt, daß es die Schlußakte überhaupt gibt. Wir müssen vorsichtig damit umgehen. Wir müssen Geduld haben. Es müssen weitere Gespräche auch über Belgrad hinaus ermöglicht werden. Keinesfalls kann es das Ziel sein, mit Belgrad — eventuell durch ein Quasi-Gerichtsverfahren — die Möglichkeiten abubrechen, so daß weitere Schritte nicht mehr getan werden können. Bemerkenswert ist, daß alle zwölf Regierungen, von denen wir Nachricht bekommen haben, sich in diesem Sinne geäußert haben.

Weiterhin haben die Regierungen in ihren Antworten wissen lassen, daß sie untereinander im ständigen Kontakt und Meinungsaustausch über die

Handhabung der Schlußakte sind. Das zu wissen, ist ebenfalls wichtig für uns.

Keine der Regierungen sieht die Schlußakte schon als ein endgültiges Ziel an, sondern jede Regierung legt Wert darauf, zu sagen, daß ein weiter Weg beschritten werden muß. Die Grenzen des Erreichbaren seien zwar absolut deutlich, der Fortgang dürfe aber nicht in Frage gestellt werden.

Die Fragen hinsichtlich der Einsetzung von Ausschüssen in den Parlamenten sind folgendermaßen beantwortet worden. Bisher gibt es noch in keinem Parlament einen solchen Ausschuß. Die Neigung dazu, solche Ausschüsse einzusetzen, scheint nicht groß zu sein. Man weist darauf hin, daß das Problem in den auswärtigen Ausschüssen bzw. im gesamten Parlament seine Würdigung erfährt und fortlaufend debattiert wird. Der französische Senat bemerkte, er ziehe eine diskrete diplomatische Behandlung grundsätzlich vor.

Außer den nationalen Parlamenten haben sich auch andere parlamentarische Gremien und parlamentarische Konferenzen laufend mit der Schlußakte von Helsinki befaßt. Auch dort sind bei aller gebotenen Skepsis im allgemeinen positive Beurteilungen laut geworden. Es wurden Beschlüsse gefaßt, in denen zum Ausdruck kam, daß die Diskussionen fortgesetzt werden müssen und daß kein vorzeitiges Ende durch eine zu starke Kritik gesetzt werden sollte, denn dadurch könnte nämlich dem Prozeß der Entspannung, in deren Gesamtzusammenhang die Schlußakte gesehen wird, erheblicher Schaden zugefügt werden.

Der amerikanische Kongreß hat einen speziellen Ausschuß eingesetzt, der die Fortschritte auf den Gebieten der Schlußakte verfolgen soll. Bei einer Rundreise in Europa hat dieser Ausschuß die Bemerkung gemacht, daß in Europa der Text der Schlußakte unvollständig bzw. ungenügend veröffentlicht worden sei. Dadurch würde natürlich auch die Arbeit der nationalen Parlamente in Frage gestellt. Mein Ausschuß glaubt, daß hierauf besonderer Wert gelegt werden sollte, und wir sagen das auch in einem Paragraphen, den Sie in der Gesamtresolution finden.

Es haben auch verschiedene parlamentarische Begegnungen stattgefunden. So hat z. B. eine jugoslawische Delegation westeuropäische Parlamentarier besucht. Solche Begegnungen haben in verschiedenen Hauptstädten stattgefunden. Allesamt hatten sie das Ergebnis, daß man die Begegnungen fortsetzen will, um über die Schlußakte weiter sprechen und ihre Durchführung verbessern zu können.

Mein Ausschuß wird anschließend über diese Debatte sehr gründlich berichten und bei den nationalen Parlamenten darauf dringen, daß die Resolution beachtet wird und daß sich die nationalen Parlamente damit entsprechend befassen.

Zum Schluß möchte ich noch sagen: Wir halten es für außerordentlich wichtig, daß diese Versammlung hinsichtlich des Themas der Schlußakte mit dem Ministerkomitee einen engeren, offeneren und vertrauensvolleren Kontakt hält. Wir halten es für unabdingbar, daß wir zu Belgrad über das Minister-

komitee eine realistische und vollständige Information für unsere weitere Arbeit bekommen. Danke schön.

Frau von Bothmer (SPD): Herr Vorsitzender! Liebe Kollegen! Ich möchte noch ein paar Worte zur Auswirkung der Schlußakte sagen, denn in meinen Augen geht die Entwicklung der politischen und der wirtschaftlichen Strukturen nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt in der letzten Zeit schneller und dynamischer vor sich, als wir uns das noch vor kurzer Zeit haben vorstellen können. Die Entwicklungen sind deswegen, wenn wir sie nicht in den Griff bekommen, auch um so gefährlicher.

Die KSZE-Schlußakte ist aber eine grundsätzliche Willenserklärung aller Beteiligten über gegenseitige Verständigung, über das Umgehen miteinander und das grundsätzliche Verhalten untereinander und im eigenen Lande. Natürlich sind dabei die politischen Standpunkte verschieden, und das müssen wir anerkennen; sie werden es auch bleiben. Eine Gemeinsamkeit gibt es aber für alle, ob nun im Osten oder im Westen lebend, nämlich den Willen, gemeinsam zu überleben und Sicherheit zu finden, soweit man heutzutage überhaupt ernsthaft von Sicherheit reden kann.

Sicher ist auch — das haben auch alle beteiligten Regierungen der westeuropäischen Länder ausgedrückt, wie ich bereits heute morgen in meinem Bericht ausgeführt habe —, daß eine neue Art von diplomatischer Tätigkeit in Gang gekommen ist, die in einer Weise abgewickelt wird, wie es bisher nicht üblich gewesen ist. Auch das ist ein positives Zeichen.

Unsere Debatte über die Verwirklichung der KSZE-Beschlüsse von Helsinki findet unmittelbar vor der Belgrader Konferenz statt, auf der eine nüchterne Bilanz der Entwicklungen zu ziehen sein wird. In Belgrad muß man in der Tat bedenken und im Auge behalten, daß es verschiedene Auslegungen des Textes gibt, die sowohl durch die Sprachverschiedenheiten als auch durch die Ideologie begründet sind. Es wird in Belgrad meiner Ansicht nach eine der Hauptaufgaben sein — jedenfalls bei dieser Konferenz im Juni —, zunächst einmal sehr sorgfältig zu prüfen, wie über diese Verschiedenheiten hinweg Annäherung zu finden ist. Ich glaube, man muß das ungemein wichtig nehmen, denn es ist sehr einfach, aus unserer Sicht zu sagen: So und so ist der Text, und so muß er erfüllt werden, das erwarten wir. Angehörige anderer Länder werden vielleicht sagen: Bei uns heißt das ganz anders, und wir sehen es infolgedessen ganz anders. Hier muß ernsthaft nach Verständigung gesucht werden.

Manches ist in der Tat in Bewegung geraten, vieles in einer Weise, wie wir es vor kurzem noch kaum zu hoffen gewagt haben. Viele Menschen in Osteuropa berufen sich heute auf die KSZE-Schlußakte und versuchen nun konsequenterweise, mehr Freizügigkeit und Bewegungsfreiheit zu erlangen. Allein dieser Vorgang ist ein Fortschritt, auch wenn sich über Nacht nicht allzuviel ändert.

Weil die **Wirkung der KSZE-Schlußakte** auf Entspannung angelegt ist, weil sie in den Willen zur

Entspannungspolitik eingebettet ist, ist es verständlich, daß östliche Regierungen erneut versuchen, Barrieren aufzubauen. Sie werden das auf Dauer kaum in dieser Weise durchsetzen können, daß etwa alles wieder zurückgenommen wird, was in der Schlußakte auch von ihnen unterzeichnet worden ist.

Was nun die Menschenrechte angeht, so müssen wir doch ernstlich prüfen, liebe Kollegen, ob wir in Westeuropa das Recht haben, zu sagen, alle Prinzipien der Schlußakte seien bei uns und in unseren Ländern rückhaltlos erfüllt. Nur der ernste Wille, dies zu erreichen, berechtigt uns meiner Ansicht nach dazu, andere zu beurteilen. Ich sage bewußt nicht: zu verurteilen. Ich habe hier und in meinem eigenen Parlament zu Hause gehört, daß viele Politiker auf der konservativen Seite in Belgrad anscheinend nichts lieber tun wollen als verurteilen und daß sie das als den Sinn der Konferenz ansehen. Ich muß sie fragen, was sie damit eigentlich bezwecken wollen, was sie Besseres an die Stelle des ernsthaften Versuchs zu setzen haben, Entspannung zu erreichen. Ich glaube nicht, daß es irgend etwas Besseres gibt, was sie auf den Tisch legen könnten. Wenn es aber so wäre, muß man die Kollegen herzlich bitten, das hier und in den nationalen Parlamenten deutlich zu machen, so daß man abwägen kann, ob es tatsächlich eine Alternative gibt.

Ich möchte zum Schluß auch aus der Sicht eines deutschen Sozialdemokraten nur noch kurz sagen: Die KSZE-Schlußakte hat zusammen mit den Verträgen von Moskau und Warschau, dem Grundlagenvertrag mit der DDR sowie dem Viermächteabkommen über Berlin und anderen Abkommen allgemein anerkannte Maßstäbe für die Entwicklung der Politik in Europa gesetzt und Grundlagen und Möglichkeiten für eine bessere Zusammenarbeit geschaffen. Die Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen, die vertrauensbildenden Maßnahmen, die verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit und die humanitären Erleichterungen, die in der KSZE-Schlußakte niedergelegt wurden, müssen in gleicher Weise verwirklicht und weiterentwickelt werden. Es gibt keine realistische Alternative zur Entspannungspolitik. Sie ist der einzige Weg, eine Katastrophe zu verhindern, den Frieden sicherer zu machen und Menschenrechte zu verwirklichen. In Belgrad sollte man versuchen, sich auf einige konkrete Projekte zu verständigen, um der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Entspannung neue Impulse zu geben.

Liebe Kollegen, wenn wir das im Auge behalten, werden wir Belgrad nicht als einen Rückschritt betrachten, sondern als eine wichtige Station für die weitere Entwicklung.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Einer meiner Vorredner hat heute einmal darauf hingewiesen, daß die Konferenz von Helsinki ein Jahrhundertereignis gewesen sei ähnlich wie der Kongreß von Wien. Vielleicht wird das auch daran deutlich, daß sich diese Versammlung mit einer Rednerliste an dieser Debatte beteiligt, die zehnmal so lang ist wie etwa die

der gestrigen Debatte über den Nord-Süd-Konflikt in der Welt.

Die Kollegin von Bothmer, die vorhin gesprochen hat, hat eine gewisse Querverbindung zwischen der Konferenz von Helsinki und der sogenannten neuen Ostpolitik der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland hergestellt. Sie hat damit nicht ganz unrecht; denn zu den „Verdiensten“ der Bundesregierung im Jahre 1969/70 gehörte es ja, damals als erste Regierung in Westeuropa durch die Aufnahme des Punktes 10 in das Bahr-Papier für diese Konferenz international einzutreten, die ja schon 20 Jahre lang — könnte man fast sagen — auf der Wunschliste vor allem der Sowjetunion gestanden hatte.

Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens Enrico Berlinguer hat diese Entwicklung in einer Rede am 11. November 1971 vor seinem Zentralkomitee mit den Worten gekennzeichnet: „Es ist ein anerkanntes Verdienst unserer Partei, daß sie von Anfang an zum Reifen dieser neuen Orientierung beigetragen hat, die zum Bruch mit der Politik Adenauers führte.“

Meine sehr verehrten Anwesenden, die Konferenz von Helsinki mußte — das ist ganz natürlich, wenn 35 Staaten zusammenkommen — einen Kompromiß schließen. Die Interpretierung dieses Kompromisses ist das Problem, mit dem man sich seit der Unterschrift unter die Schlußakte beschäftigt. Hier gab es verschiedene Interessen. Auf der einen Seite stand das Interesse vor allem der Sowjetunion im Vordergrund, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges festzuschreiben. Auf der anderen Seite bestand das Interesse vor allem neutraler Staaten — ihre Verdienste wurden heute bereits erwähnt —, in erster Linie die Probleme der Menschenrechte in den Vordergrund zu stellen.

Eine meiner Vorrednerinnen hat heute davon gesprochen, daß man ernsthaft um die Verständigung ringen müsse. Ich teile diese Meinung. Ich bin nur der Ansicht, man muß sich auch darüber im klaren sein, über was man redet, und man muß sich über die Begriffe im klaren sein, die dabei eine Rolle spielen.

Ich möchte das an einem Beispiel klarmachen, nämlich daran, wie der Begriff **Meinungsfreiheit** oder freie Meinungsäußerung interpretiert wird. Die Zeitung „Bauernecho“ in der Deutschen Demokratischen Republik hat in einem ausführlichen Aufsatz dargestellt, was in ihrem Verständnis Meinungsfreiheit ist. Sie meinte: Es darf alles frei geäußert werden, was wahr ist. Was wahr ist, ist das, was den Interessen der Arbeiterklasse entspricht. Und was die Interessen der Arbeiterklasse seien, das interpretierte die Avantgarde der Arbeiterklasse, nämlich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Und folglich gebe es freie Meinungsäußerung in der DDR.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine solche Interpretation könnte man selbstverständlich auch in einem anderen Lande finden. Auch der Begriff „Recht auf Arbeit“ wird zum Beispiel sehr unterschiedlich interpretiert. Karl Marx hat 1855 den Begriff „Recht auf Arbeit“ geprägt und in seiner Schrift „Klassenkämpfe in Frankreich“ erklärt, daß

es der Hebel sei, mit dem das kapitalistische System aus den Angeln gehoben werden könne. Er meinte, das Recht auf Arbeit setze eben voraus, daß der Kapitalismus zerstört werde. Die Expropriation der Expropriateure sei das Recht auf Arbeit.

Ebenso ist es mit dem Begriff **Koexistenz**. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Koexistenz wird heute nicht so interpretiert, wie man es normalerweise interpretieren könnte, wenn man von der lateinischen Wurzel ausginge. Vielmehr wird Koexistenz im östlichen Sinne interpretiert als eine Fortsetzung des Kampfes um die Vorherrschaft mit anderen Mitteln, als die Fortsetzung des Klassenkampfes ohne militärischen Konflikt. Das kann man nachlesen in den offiziellen Parteilehrbüchern, das kann man, wenn Sie so wollen, weil gerade das 75jährige Jubiläum der Veröffentlichung dieser Schrift ist, schon nachlesen in der Schrift „Was tun?“ von Lenin. Das kann man etwa auch nachlesen bei einem Mann, der dieser Tage seinen 40. Todestag hat, bei einem der Mitbegründer der italienischen Kommunisten, Antonio Gramsci, der ja den Begriff des historischen Blockes, der heute in anderer Formulierung eine Rolle spielt, ursprünglich geprägt hat, pikanterweise in einem Aufsatz mit dem Titel „Note zu Macchiavelli“. Diese Interpretation des Begriffes „Koexistenz“ im Sinne von Kampf mit anderen Mitteln steht heute im Vordergrund. Ich wehre mich nicht dagegen. Ich wäre völlig falsch beraten, wenn ich sagen würde: das darf es nicht geben. Wir müssen realistisch sein und müssen erkennen, daß es das gibt. Ich glaube, wir dienen dem Geiste der Konferenz von Helsinki mehr, wenn wir die Wahrheit ansprechen und nicht um die Dinge herumreden.

Gelegentlich habe ich das Gefühl — und ich möchte hier ein Bild aus dem Sport nehmen —, daß wir auf diesem Feld der Auseinandersetzung zwischen Ost und West ein Fußballspiel erleben, in dem nur die eine Mannschaft, nämlich die östliche, aufs Tor schießen darf, während die westliche Mannschaft möglichst überhaupt nicht in den Strafraum der anderen Mannschaft eindringen soll. Das ist natürlich etwas, was im Interesse des Verhältnisses zueinander und im Interesse der Wahrheit gar nicht gehen kann.

Ich möchte das an einem Beispiel erläutern. Leider ist der verehrte Herr Kollege Boucheny nicht da, aber er wird es sicher erfahren. Der Kollege Boucheny hat selbstverständlich in München, in meiner Heimatstadt, auf einer großen Veranstaltung scharfe Angriffe gegen die Regierung der Bundesrepublik Deutschland führen können. Er brachte dabei zum Ausdruck, daß diese Regierung die Menschenrechte nicht achten würde. Er ist deswegen nicht ausgewiesen worden, er ist deswegen nicht gerügt worden; man hat über ihn berichtet. Ich könnte in Leipzig oder in Chemnitz nicht nur die dortige Regierung nicht angreifen, sondern ich könnte dort überhaupt nicht zu politischen Fragen von meinem Standpunkt als christlich-demokratischer Politiker Stellung nehmen. Das genau ist die Differenz, die wir heute auch bei der Auseinandersetzung um die Menschenrechte zwischen Ost und West festzustellen haben.

Wenn die Nachfolgekonzferenz in Belgrad einen Sinn haben soll, dann kann er nur in dem bestehen, was auch der Kollege Luptowits angesprochen hat. Er sagte, wir müßten die Dinge aufgreifen, und man könnte das auch ohne Polemik tun. Man diene aber der Sache sicher nicht, wenn man diesen Fragen ausweiche, sie vor sich herschiebe und hoffe, daß sie sich vielleicht allmählich von selber erledigen.

Wir erleben eine ideologische Auseinandersetzung zwischen dem Marxismus-Leninismus und anderen Weltanschauungen. Wir haben ja ein viel pluralistischeres Bild von uns. Wir haben nicht einen Gegensatz von 1:1, sondern er beträgt vielleicht 1:5, 1:7, 1:8 oder 1:9 oder vielleicht auch mehr. Das ist der Vorteil der pluralistischen Gesellschaft, die wir haben. Diese Auseinandersetzung, dieses Gespräch, diese Gegnerschaft — um es so zu formulieren —, muß ausgetragen werden, wenn wir uns nicht selber in die Tasche lügen wollen.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Mann wie der Philosoph Kolakowski aus Polen, der heute im Westen lebt und jetzt den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels bekommen hat — er wurde in seinem Land Polen scharf als Verräter angegriffen —, nur mit seinem Geiste ein solches System aus den Angeln heben könnte. Wie schwach fühlen sich diese Leute in Polen, wenn sie einen Mann wie diesen Philosophen angreifen!

Ich glaube, wir sollten die Auseinandersetzung führen; wir können sie bestehen. Es ist eine falsche Alternative, wenn man sagt: Hier Entspannung, dort Menschenrechte. Diese beiden Dinge sind Zwillinge, sie gehören zusammen; beide Dinge müssen wir erörtern.

Dr. Holtz (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es besteht die Gefahr, daß die Zusammenarbeit im humanitären Bereich, der sogenannte Korb 3, zum beherrschenden Wertmaßstab des Westens wird. Es gibt politische Kräfte in den Staaten des Europarats, die der KSZE und der Politik der Entspannung insgesamt zunächst kritisch bis ablehnend gegenüberstanden, jetzt aber auf einmal erkennen, daß sich der Korb 3 trefflich eignet, schonungslos auf die Schwachstellen der Ostblockstaaten im Menschenrechtsbereich zu verweisen. Wer wollte leugnen, daß dort die Menschenrechte nach unserem Verständnis mit Füßen getreten werden! Die Sozialdemokraten bleiben ihrer Tradition treu, für die Menschenrechte zu kämpfen und für ihre universelle Verwirklichung einzutreten. Ich füge aber hinzu: Wer die Sicherung der Menschenrechte und die Politik der Entspannung auseinanderdividieren will, nimmt nicht die enge Wechselwirkung zwischen diesen Bereichen zur Kenntnis. Er handelt nicht nur den Menschen gegenüber verantwortungslos, deren Rechte er verteidigen möchte, sondern auch gegenüber denen im eigenen Lande. Für mich gilt: **Mehr Menschenrechte durch mehr Entspannung**. Ich möchte unterstreichen, was unter anderem Kollegen aus Österreich, Liechtenstein und Finnland vor mir gesagt haben: Die Prinzipien, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die humanitären Fragen sind gleichgewichtig und gleichrangig.

Herr Broger, der Berichterstatter des Wirtschafts- und Entwicklungsausschusses, stellt zu Recht fest, das sichtbarste Ergebnis und den sichtbarsten Fortschritt bei der Implementierung der Schlußakte gab es im **Korb 2**. Dieser Aspekt scheint mir während der heutigen Debatte etwas zu kurz gekommen zu sein. Lassen Sie mich deshalb auf folgende Erfolge verweisen, die allerdings von Staat zu Staat differieren:

1. Der Osthandel bzw. der Wirtschaftsaustausch zwischen West und Ost hat enorm zugenommen. Die 180 Repräsentanzen ausländischer Firmen, Banken und Fluggesellschaften in Moskau unterstreichen diese Entwicklung.
2. Es hat Verbesserungen bei der Gesetzgebung zur Niederlassung akkreditierter Firmenvertretungen besonders in der CSSR, in Bulgarien und in Polen gegeben.
3. Die Bildung von gemischten Unternehmen wurde erleichtert. In Polen sind sogar Direktinvestitionen ohne polnische Beteiligung möglich.
4. Die Gründung von Handelsförderungsstellen wurde forciert.
5. Was die statistischen Kenntnisse angeht, so hat es Fortschritte etwa in Ungarn und Polen gegeben.
6. Multilaterale Arbeiten wurden in die UN-Wirtschaftskommission für Europa verlagert. Dort wurde vor allem im Verkehrsbereich gute Arbeit geleistet. Ebenso gibt es Fortschritte bei der Standardisierung oder bei der Vereinheitlichung von Dokumenten.
7. Als Erfolg betrachte ich auch die Anerkennung wirtschaftlicher Realitäten seitens des Ostblocks. Es ist noch nicht lange her, daß Moskau und seine Verbündeten die EG lediglich als ökonomische Basis der NATO ansahen und deren Gründung als völkerrechtswidrig abqualifizierten. Heute liegt der Vorschlag des osteuropäischen Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe zum Abschluß eines Abkommens mit der EG auf dem Tisch. Mit diesem Abkommen soll Entspannung materialisiert werden. Eine sorgfältige Prüfung dieses Vorschlages ist im Gange.

Wenn man also ein Fazit der Erfüllung der Schlußakte von Helsinki nach zwei Jahren im Wirtschaftsbereich zieht, kommt man zu dem Resultat: Der Korb II ist nicht leer; je nach dem Standpunkt ist er halbleer oder halbvoll. Dieser Bereich II kann trotz unterschiedlicher ideologischer Positionen weiter ausgebaut werden.

Ein Gebiet sei beispielhaft genannt. Der wachsende Graben zwischen Nord und Süd und die schwierigen Probleme der Weltwirtschaft, mit denen wir es zu tun haben, betreffen alle Industrienationen, nicht nur die westlichen. Auf lange Sicht werden sich die kommunistischen Staaten ihrer Verantwortung auf diesem Gebiet nicht entziehen können. Der Kampf gegen die Armut sollte ein Bereich sein, in

dem Ost und West zusammenarbeiten und sich um gemeinsame Lösungen bemühen.

Dennoch werden auch im **Wirtschaftsbereich** im Westen Sorgen laut. Einmal verweist man auf die Ungleichgewichte in der Handelsbilanz.

In letzter Zeit ist jedoch ein Rückgang der OECD-Handelsüberschüsse festzustellen, was in hohem Maße auf den Rückgang der deutschen Überschüsse zurückzuführen ist. Zum anderen erinnert man an die Verschuldung der Ostblockländer. Auch auf diesem Gebiet macht sich seit 1976 ein Rückgang der Kreditvergabe an Osteuropa bemerkbar. Darüber hinaus sollten wir bedenken, daß mit den Krediten Exporte der westeuropäischen Firmen finanziert wurden, wodurch allein in der Bundesrepublik Deutschland Tausende von Arbeitsplätzen gesichert werden. Zum dritten sind Pläne der Ostblockländer sorgfältig zu prüfen, den Aufbau neuer energieintensiver Industrien mit Kompensationslieferungen zu koppeln. So einfach lassen sich Stahlwerke nicht mit Strumpfhosen bezahlen.

Herr Präsident, zur politischen und militärischen Entspannung gibt es keine Alternative. Ebensowenig gibt es eine Alternative zur wirtschaftlichen Entspannung und Zusammenarbeit; sie dient dem gegenseitigen Vorteil und stabilisiert den Frieden.

Die Belgrader Konferenz, die der Überprüfung der Vereinbarungen von Helsinki auf Regierungsebene dienen soll, wird kein Feuerwerk fulminanter politischer Erfolge werden können. Dazu ist der Zeitraum von zwei Jahren auch zu kurz.

Als Parlamentarier möchte ich hier auch an die III. Interparlamentarische KSZE-Folgekonferenz erinnern, die im Mai 1978 stattfinden soll. Der Europarat, meine ich, hat mit seinen vier vorgelegten Berichten und der heutigen Debatte dazu einen wertvollen vorbereitenden Beitrag geleistet.

Die Diskussion im Rahmen der Interparlamentarischen Union über diese Interparlamentarische KSZE-Folgekonferenz offenbarte plötzlich ein überraschendes Ergebnis: Während zunächst die sogenannten Ostblockstaaten für eine Institutionalisierung dieser parlamentarischen Konferenz plädierten und sich der Westen diesem Wunsch gegenüber sehr reserviert verhielt, weil er eine Degradierung zum Propagandainstrument befürchtete, halten sich nun die Ostblockstaaten in dieser Frage sehr zurück, und der Westen zeigt auf einmal ein zunehmendes Interesse an den parlamentarischen Folgekonferenzen der KSZE. Allein diese Tatsache beweist, daß es zu simpel wäre, die KSZE-Schlußakte ausschließlich als einen Propagandaerfolg der kommunistischen Staaten zu betrachten. Helsinki hat Rückwirkungen gehabt, besonders im humanitären Bereich, die von vielen Staatsführern nicht einkalkuliert werden konnten. Wenn man also Ostblockstaatsführer zitiert, muß man sich gerade auch dieses Sachverhaltes bewußt sein.

Ich meine also, Helsinki lohnt. Helsinki zeitigte erste gewisse Fortschritte im Bereich der wirtschaftlichen, der technischen und der energiepolitischen Zusammenarbeit, aber auch im Menschenrechtsbereich. Helsinki muß fortgeführt werden.

Donnerstag, 28. April 1977

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des portugiesischen
Ministerpräsidenten, Mario Soares**

Dr. Geßner (SPD): Herr Ministerpräsident, zwei Fragen möchte ich Ihnen stellen. Die eine betrifft einen Punkt Ihrer Innenpolitik, der mich auch insofern sehr berührt, als ich früher Berichterstatter des Europarates für Portugal gewesen bin. Es geht um das Problem der **Flüchtlinge aus Angola**. Ich wollte Sie fragen, wie es heute um die Integrierung dieser Menschen steht, die aus Angola nach Portugal gekommen sind; denn es handelte sich hier nicht nur um ein ökonomisches und soziales Problem, sondern, wie ich glaube, auch um ein eminent politisches Problem.

Die zweite Frage betrifft Spanien. Ich möchte Sie bitten, dem Hause zu sagen, wie Sie die weitere Entwicklung **Spaniens** beurteilen. Wird das möglicherweise nach Ihrer Einschätzung der Situation ähnliches geben wie das, was wir seinerzeit im Auf und Ab der Bewegung in Portugal erlebt haben? Ist es Ihrer Meinung nach so, daß die Entwicklung in Portugal auch Einfluß auf die Entwicklung in Spanien hat bzw. gehabt hat?

Ministerpräsident Soares antwortet, die halbe Million Rückwanderer aus den ehemaligen Kolonien hätten für sein Land ein großes Problem dargestellt, das jedoch durch Not- und Hilfsprogramme auch mit Hilfe des Auslands weitgehend gelöst worden sei. Hinsichtlich der demokratischen Entwicklung in Spanien sei der Wille zum Bruch mit der Vergangenheit klar zu erkennen. Schwierig sei es jedoch, die Reaktion auf einen solchen Bruch im voraus abzuschätzen. Noch sei über die neue spanische Verfassung nicht abgestimmt worden; aber er hoffe, daß Spanien einige Schwierigkeiten vermeiden könne, die sich in Portugal ergeben hätten.

Tagesordnungspunkt:

**Die allgemeine Politik des Europarates —
Verwirklichung der Schlußakte der KSZE**

(Fortsetzung der Aussprache)

Dr. Geßner (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit sehr großer Genugtuung habe ich vernommen, daß keiner der Berichterstatter die **Entspannungspolitik** beendet sehen will. Keiner der Berichterstatter hat etwa dafür plädiert, die Schlußakte in Belgrad für immer zu schließen. Wohl aber hörten wir, daß man sich auf die Schlußakte berief und dafür sprach, daß ihre Inhalte bald und völlig in die Tat umgesetzt würden.

Als ich dies hörte, mußte ich mir die Frage stellen, ob man sich denn wohl auf etwas berufen würde, das nichts taugt, das keine Grundlage für eine Berufung hergibt. Wohl kaum! Daher erlaube ich mir aus der

Art der Berichterstattung hier die Schlußfolgerung zu ziehen, daß der Wert der Schlußakte von Helsinki größer ist, als mancher ihrer Kritiker es wahrhaben wollen oder anderen weismachen möchten.

Jedoch offenbart die Berufung auf die Schlußakte nicht nur, daß hier ein politischer Kompromiß geschlossen worden ist, mit dem wir leben können. Die Berufung auf die Schlußakte zeigt uns auch, daß wir heute in einer wesentlich besseren Position sind als früher. Daraus erlaube ich mir nun abzuleiten, daß die bisherige Politik der Entspannung sowohl notwendig als auch nützlich war.

Von vornherein war all denjenigen, die sich ernsthaft mit dem Problem Entspannungspolitik befaßten, klar, daß es sich um einen langjährigen, um einen schwierigen Prozeß handeln und daß es neben Fortschritten auch Rückschläge geben würde.

Wenn wir Bilanz ziehen wird deutlich: Manches ist in Bewegung geraten, aber wir mußten leider auch eine ganze Reihe von Enttäuschungen zur Kenntnis nehmen. In bezug auf die Enttäuschungen fällt mir dabei folgendes auf. Diejenigen, die Helsinki ablehnten, denen die gesamte Richtung dieser Politik nicht paßte, weil sie nichts Gutes erwarteten und weil sie die KSZE als Erfolg des Ostblocks hinstellten, geben sich heute besonders enttäuscht und verlangen lauthals die Verwirklichung der Schlußakte, so als seien sie schon immer dafür gewesen.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, verehrte Kolleginnen und Kollegen: wenn wir in Belgrad glaubwürdig auftreten wollen, dürfen wir es an Objektivität nicht fehlen lassen. Daher ist es eminent wichtig, daß wir Plus und Minus sachlich einander gegenüberstellen. Gewiß gab es eine ganze Reihe unerfreulicher Entwicklungen — wir werden dies nicht leugnen; davon ist schon eine ganze Menge aufgezählt worden —, und wir werden dies alles in Belgrad ohne Polemik zur Sprache bringen. Aber ich füge hinzu: diese Nachfolgekonzferenz verlöre an Bedeutung, verlöre an Gewicht, wenn sie ausschließlich zu einem statistischen Ereignis, zu einer Veranstaltung politischer Bilanzbuchhalter würde.

Deshalb kommt es meiner Meinung nach darauf an, sie als Zwischenstation für neue Impulse der Entspannungspolitik zu nutzen. Denn es gab ja nicht nur Unerfreuliches. Wer hätte, meine Damen und Herren, vor fünf Jahren geglaubt, daß es einmal möglich sein würde, daß die beiden militärischen Paktsysteme Beobachter austauschen. Sicherlich hätten wir dies vor fünf Jahren noch nicht für möglich gehalten.

Ich will nicht verschweigen, daß das, was sich in diesem Bereich abgespielt hat, noch nicht das Optimum ist. Aber es ist ein Anfang, der uns hoffen läßt. Wir haben beispielsweise erlebt, daß in der Sowjetunion in bezug auf die Visagebühren Erleichterungen eingetreten sind. Diese Erleichterungen sind bescheiden — gewiß, das räume ich ein —, aber sie sind eben wesentlich mehr als nichts.

Und lassen Sie mich hinzufügen: es hat noch nie so viele Ausreisegenehmigungen für Deutsche gegeben, die aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland reisen wollen, wie heute. 1972 sind aus allen

osteuropäischen Staaten insgesamt 22 690 Deutsche in die Bundesrepublik gekommen. 1975 waren es nur noch 18 893. Aber 1976 waren es bereits 43 916. Gewiß, ich verschweige nicht: es gibt noch Zehntausende von Leuten, die aus diesen Ländern in die Bundesrepublik Deutschland einreisen möchten. Aber immerhin, niemand wird in Abrede stellen wollen, daß wir hier einen positiven Trend zu vermerken haben. Ich bin ganz sicher: dazu hat auch die Schlußakte von Helsinki ihren positiven Beitrag geleistet.

Schließlich möchte ich auch nicht verhehlen, daß sie Wirkung hatte auf bestimmte innenpolitische Verhaltensweisen der Machthaber in kommunistischen Systemen, zum Beispiel gegenüber der Kirche. Ich erlaube mir, mit Genehmigung des Herrn Präsidenten aus einem Interview zu zitieren, das ein deutscher Fernsehreporter aus der Bundesrepublik mit dem Bischof von Görlitz, das in der DDR liegt, führte. Der Reporter fragte Herrn Bischof Fraenkel: „Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki hat im vornherein und im nachhinein sehr viel skeptisches Echo gefunden. Sie haben in Ihrem Jahresbericht vor der Synode sehr positiv davon gesprochen, weshalb?“ Der Bischof antwortete: „Ich möchte betonen, daß ich es nicht für richtig halte, wenn man den in Helsinki abgegebenen Erklärungen von vornherein mit Mißtrauen begegnet. Ich möchte ferner darauf hinweisen, daß diese Konferenz die Einheit von Friede und Menschlichkeit betont hat, was ich für sehr bedeutsam halte.“ Dann fragte der Fernsehreporter: „Sehen Sie ganz praktische Tendenzen danach in der DDR?“ Und der Bischof antwortete: „Durchaus. Das Klima in den Gesprächen, die wir mit Vertretern unseres Staates haben, ist seit Helsinki nach meinem Eindruck besser geworden. Außerdem möchte ich auf die sehr wichtige Entscheidung hinweisen, daß wir in Neubaugebieten jetzt kirchliche Bauten errichten können für Gottesdienst und Gemeindefürsorge, was vorher nicht möglich war“.

Mir schien es wichtig zu sein, verehrte Kolleginnen und Kollegen, diese Stimme einmal zu zitieren, weil sie, wie ich finde, nicht nur aussagekräftig, sondern auch seriös ist.

Freilich muß man vor einer schrecklichen Illusion warnen, die es in den Reihen der westlichen Staaten noch immer gibt: nämlich daß die kommunistischen Staaten bereit sein könnten, sozusagen wegen ihrer Unterschrift unter die Schlußakte von Helsinki ihr Gesellschaftssystem preiszugeben, es der Umwandlung anheimzugeben. Dies ist überhaupt nicht zu erwarten.

Allerdings wissen wir, auch in kommunistischen Systemen gibt es einen bestimmten Spielraum dafür, in welcher Weise die jeweils herrschende Führungsschicht der Bevölkerung gegenübertritt. Die Verurteilung des Stalinismus durch Chruschtschow macht dies außerordentlich deutlich. Ich erlaube mir, auch daran zu erinnern, daß die Unterzeichner der Charta 77 nicht prinzipiell das dortige System angreifen, sondern für die Einhaltung der geltenden Gesetze streiten. Für diese Bemühungen kann die Schlußakte von Helsinki eine außerordentlich große Rolle

spielen. Denn schließlich hat ihre Existenz das Thema der Menschenrechte zum Bestandteil des ganzen weltweiten Entspannungsprozesses zwischen Ost und West werden lassen. Jeder von uns kann sich leicht ausrechnen, was aus der Menschenrechtsbewegung in Osteuropa wohl werden würde, wenn in Belgrad mit der begonnenen Entspannungspolitik gebrochen werden würde.

Aus alledem ist meiner Meinung nach klar: es gibt keinen vernünftigen Grund, unsere Anstrengungen für eine Politik der Entspannung zu beenden. Wir müssen sie zielstrebig, umsichtig und kraftvoll weiterführen. Wir sollten stets daran denken: zu dieser Politik der Entspannung gibt es keine vernünftige Alternative. — Ich bedanke mich.

Dr. Schwencke (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Von der KSZE-Debatte in diesem Hause hängt nicht das Schicksal Europas ab, natürlich nicht. In der langen wechselhaften politischen Geschichte Europas haben Parlamentsdebatten tatsächlich nie das Schicksal von Nationen entschieden, wohl aber das Schicksal einzelner, einzelne Schicksale. Von solchen Debatten gehen und gingen vor allem politisch-moralische Signale aus, und diese hören nicht dort auf, wo das demokratische Europa endet. Griechenland, Portugal, Spanien — dahin sind solche Zeichen gedrungen, und wir wissen, wie manche Worte, manche Reden dort gewirkt haben, bis diese Länder wieder Mitglieder des demokratischen Europas wurden, oder, wie sicher in Kürze Spanien, werden. Die Wirkung der Signale reichte über Westeuropa hinaus bis hin zu jenen, die wir mit dem sicher nicht richtigen Wort „Dissidenten“ in Osteuropa bezeichnen.

Eine solche Debatte ist, wenn sie in diesem Hause auf der Grundlage der Wertphilosophie des Europarates geführt wird, durchaus nicht umsonst. Nicht von unserem Schweigen, wohl aber von unserem Reden haben unterdrückte Nationen gelernt und werden lernen. Dieses darf auch nicht zu gering geachtet werden.

Allerdings ist nicht jede Rede, die hier gehalten wird, hilfreich: Weder sind es jene KSZE-Interpreten, die nur für andere interpretieren und sich selbst dabei so blendend herausstellen, gewürzt mit Parolen, noch ist es hilfreich, daß wir mögliche Glanzleistungen von Rhetorik im Blick auf die östliche Auslegung des dogmatischen Sozialismus und im Blick auf die Menschen vollbringen. Auch dieses wird nicht helfen.

Wenn wir schon darüber reden, so meine ich, wir sollten die Menschenrechte auch in unseren demokratischen Ländern anerkennen, weiterentwickeln und dort durchsetzen, wo es notwendig ist. Wenn es richtig ist, was Amnesty International in diesen Tagen über die Türkei gesagt hat, daß dort wieder Folterungen stattgefunden haben, so muß das hier in aller Deutlichkeit gesagt werden. Dies gilt auch, wenn in München eine Sozialdemokratin nicht als Juristin in den öffentlichen Dienst übernommen wird oder wenn, was hoffentlich hinter uns liegt, Parolen wie „Sozialismus oder Freiheit“ oder „Freiheit oder

Sozialismus" in Deutschland einen Wahlkampf bestimmen sollen. Dieses sind Parolen, und die wären Narren, hat Willy Brandt gesagt, die sich einbilden, daß durch Parolen von heute auf morgen alles besser wird.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, liebe Kollegen, die **Politik der Entspannung und das Eintreten für die Menschenrechte** gehören eng zusammen. Sie stehen nicht im Gegensatz zueinander. Wir wissen aus eigener Einsicht und Erfahrung: Wer die Entspannung gefährdet, der gefährdet auch menschliche Erleichterungen. Wenn es nicht gelingt, eine Politik der Entspannung fortzuführen, dann brauchen wir uns über mehr Menschenrechte zunächst keine Gedanken mehr zu machen.

Wenn, wie es hier getan wurde, in der langen Debatte insbesondere und meines Erachtens zu Recht von dem Korb 3 ausgegangen wird, so verbinden wir damit die Philosophie des Europarats mit seiner Interpretation von Moral und Politik; denn das ist nicht Blauäugigkeit, sondern das ist eher Weitsicht, dieses auch in den Mittelpunkt unserer Debatte zu rücken. Im Kern aller Diskussionen stehen die Menschenrechte, das Recht des Individuums auf freie Rede, auf unzensurierte Information und volle Bewegungsfreiheit. Das sind nicht nur individuelle Rechte, sondern darüber hinaus so etwas wie Völker-Rechte oder Rechte der einzelnen in jeder Nation. Wir können und dürfen uns auf keine Relativierung dieses wichtigsten humanen Grundrechts einlassen.

Über das in den sogenannten sozialistischen Ländern, insbesondere der UdSSR und der DDR, dafür gesetzte Kollektivrecht gilt es, die Antwort klar zu formulieren: Menschenrechte sind individuell und sind nur kollektiv zu sichern, sie bleiben dem Zugriff und der Entscheidung des einzelnen vorbehalten. Das, denke ich, ist auch die Frage an unsere kommunistischen Kollegen hier. Meiner Auffassung nach ist wenig damit geholfen, daß man, wie es die italienischen Kommunisten seit langem und die französischen Kommunisten seit zwei Jahren getan haben, einer Diktatur des Proletariats abschwört. Dies sind eigentlich nur Präliminarien. Entscheidend ist nicht, was in dieser Beziehung verbal zum Ausdruck gebracht wird. Vielmehr kommt es darauf an, wie das Recht des einzelnen Individuums, wie das Menschenrecht interpretiert und durchgesetzt wird. Hier steht die Bewährungsprobe noch aus. Diese Bewährungsprobe kommt für diejenigen, die in diesem Kreise geachtete Mitglieder, demokratische Kollegen sind, nach meinem Dafürhalten dann, wenn es, etwa in Italien, darum geht, daß diese kommunistischen Vertreter für das eintreten, was sie längere Zeit gesagt haben.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Europarat ist mit der Schlußakte von Helsinki in eine neue Phase der Politik eingetreten. Ist hier nicht ein Stück weit seine eigene Philosophie festgeschrieben worden? Sind hier nicht Perspektiven für eine gemeinsame Zukunft in Europa aufgezeigt worden? Hat hier nicht bis zu einem gewissen Grade auch die gesamte Arbeit des Europarats in über 20 Jahren ihren Niederschlag gefunden? Haben wir alle nicht dieses KSZE-Dokument in ge-

wisser Weise mitformuliert? Vielleicht hätten wir bisweilen gern etwas mehr hineingeschrieben.

Unter verschiedenen Perspektiven sind hier schon zahlreiche Einzelheiten von den Vertretern unterschiedlicher Nationen dargelegt worden. Ich denke, man sollte ein paar Worte zur Substanz unserer gegenwärtigen und künftigen Politik sagen. Das, was von hier an Hoffnung ausgeht, wird uns, glaube ich, ebenso beschäftigen müssen wie die Grenzen des Machbaren. Dabei müssen wir den Versuch machen, die Geistesgeschichte Europas über eine längere Zeit mit den für die politische Wirkung wichtigen Ideen nachzuzeichnen.

Ich muß mich kurz fassen. Zu Anfang meiner Rede habe ich nicht umsonst das bedeutungsschwere Wort „Schicksal“ benutzt. Ich möchte den Versuch machen, hier eine Verbindung zur gesamten Geistesgeschichte Europas herzustellen. Denken wir doch an die entscheidenden Ideen, die dieses Europa geistig, d. h. in seiner Humanität geprägt haben, von Goethe bis Walther Benjamin und Heinrich Böll, von John Stuart Mill bis hin zu Pinter und Beckett und von Montesquieu bis hin zu Sartre. Ich glaube, diese Geschichte ist nicht zu Ende. Wenn man einmal die Texte, die uns in der „Charta 77“ vorgelegt wurden, aufmerksam liest, mutige, für Europa wichtige Texte, kommt man, glaube ich, zu der Erkenntnis, daß sich hier die Geistesgeschichte widerspiegelt, auf die ich durch Nennung dieser wenigen Namen hingewiesen habe. Oder denken wir an das Dokument, mit dem die Schriftsteller, Künstler und eine Anzahl von Intellektuellen in der DDR gefordert haben, die Ausweisung des Sängers Wolf Biermann zurückzunehmen! Das gleiche gilt für Verlautbarungen des Arbeiterkomitees in Polen. All dies sind in unserer Geschichte wichtige Dokumente.

Das rote Licht hat aufgehört zu leuchten, und ich bekomme das Zeichen dafür, daß meine Redezeit abgelaufen ist.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, von dieser Debatte wird, glaube ich, mehr als das ausgehen, was wir im Augenblick fassen können, und ich hoffe, daß wir als Abgeordnete uns dessen bewußt sind.

von Hassel (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Tatsache, daß sich neun Ausschüsse dieser großen Versammlung und bisher insgesamt 60 Redner in der Diskussion zu Wort gemeldet haben, zeigt, meine ich, daß die Bevölkerung Europas und ihre Repräsentanten in diesem einzigen großen Gremium freier Kräfte in Europa die Bedeutung Helsinkis und der Nachfolgekonferenz in Belgrad außerordentlich hoch bewerten. Wenn man als 60. Redner spricht, tut man gut daran, sich kurz zu fassen. Vielleicht kann ich einiges von der Zeit, um die mein italienischer Vorredner seine Redezeit überschritten hat, dadurch ausgleichen, daß ich meine Redezeit entsprechend unterschreite; ich werde es versuchen.

Ich möchte aber zunächst meinerseits nicht nur dem Generalberichterstatter, Ihnen, M. Aubert, sondern auch den Berichterstattern der anderen acht Ausschüsse für ihre Arbeit, vor allem aber dafür

danken, daß sie uns ausgewogene Berichte vorgelegt haben, und zwar zu einem Thema, das fraglos unter recht unterschiedlichen politischen Aspekten angegangen wird.

Diese unterschiedlichen Aspekte sind bereits sichtbar geworden, als Helsinki vor der Tür stand, sie sind in Helsinki und nach Helsinki angeklungen, und sie sind zum Teil, wenn auch nur begrenzt, auch in der heutigen Debatte deutlich geworden.

Wenn man diese Debatte analysiert, wird man die Fortschritte in den wirtschaftlichen Beziehungen und im Bereich der wissenschaftlichen Möglichkeiten auf die positive Seite setzen. Diese Entwicklung ist deshalb begreiflich, weil der andere Partner in dem großen Geschehen, nämlich der Warschauer Pakt, an der wirtschaftlichen Verbesserung und dem wissenschaftlichen Austausch selber ein immenses Interesse hat.

Nun wehre ich mich dagegen, daß man bei der Bewertung der Verbesserung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Austausches und der wissenschaftlichen Kooperation das gleiche Gewicht beimißt wie den **Fortschritten auf humanitärem Gebiet**, also Fragen, die mit dem **Korb 3** zusammenhängen. Das sind zwei völlig verschiedene Gebiete, und hier haben wir es auf unserer Seite und bei unserem Gesprächspartner auf der anderen Seite der durch Europa verlaufenden Trennungslinie mit unterschiedlichen Interessenlagen zu tun. Daher täten wir, meine ich, gut daran, wenn wir uns eben diesen anderen Aspekten, also der humanitären Seite, mit allem Nachdruck zuwendeten.

Die heutige Debatte hat hierzu eigentlich keine unterschiedlichen Ansichten erbracht — mit einer Ausnahme: es gibt einige, die sagen, man sollte es sehr behutsam tun und dürfe die andere Seite nicht unter Anklage stellen, man dürfe in Belgrad kein Tribunal abhalten, und man dürfe daher die Dinge nicht allzu deutlich beim Namen nennen. Wir christlichen Demokraten sind der Auffassung, daß man zwar kein Tribunal veranstalten, dennoch aber in geeigneter Form, sehr präzise und begründet aus unserer Sicht die Bilanz aufmachen sollte, die Bilanz, die eben nicht ausgewogen ist.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang etwa an den Bericht unseres Kollegen Dr. Mende. Er stellt an Hand einer Reihe von Tatsachen dar, inwieweit auf unserer Seite Enttäuschung darüber besteht, daß die Prinzipien des Korbes 3 noch nicht realisiert sind. Dies ist nicht als Akt eines Tribunals zu verstehen, sondern es ist der Versuch, eine Bilanz zu ziehen. Denn nur wenn wir — und das ist bei manchen zum Ausdruck gekommen — in dieser Bilanz die Dinge beim Namen nennen, können wir erwarten, daß die andere Seite uns ernst nimmt.

In der Debatte des Vormittags klang an — jedenfalls schien mir die Diktion darauf hinzudeuten —, daß es gewisse Kräfte gebe — gemeint waren damit wohl die Christlichen Demokraten in Deutschland —, die Helsinki nicht richtig würdigten und die nach Belgrad nicht mit der Bereitschaft gingen, dort ernsthaft eine Bilanz vorzulegen; diese Kräfte suchten eigentlich etwas anderes. Ein Sprecher hat —

nicht unter Bezugnahme auf uns — in einer allgemeinen Betrachtung angefügt, man dürfe nicht zum kalten Krieg zurückkehren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin in meinem Lande Bundesminister der Verteidigung gewesen. Wenn es jemanden gibt, der weiß, was kalter Krieg und heißer Krieg bedeutet, dann bin ich das. Wir wollen beides nicht.

Die Alternative heißt aber nicht: Entspannung oder kalter Krieg. Bei aller Bereitschaft zur Entspannung müssen wir auf das zurückgreifen, was unser Schweizer Kollege Professor Hofer vor ein paar Minuten gesagt hat: Wir müssen die Rechte und die Pflichten auf beiden Seiten gleich sehen und gleich bewerten. Wenn Rechte und Pflichten — egal auf welcher Seite — nicht eingehalten werden, dann müssen wir diese Tatsache beim Namen nennen, und wir dürfen nicht darum herumreden.

Deshalb meine ich, wir tun gut daran, wenn wir uns auf die Konferenz von Belgrad so vorbereiten, daß wir dort eine Bilanz präsentieren können, auf Grund derer auch die andere Seite im Weltgeschehen weiß, daß wir beobachten, ob nur wirtschaftliche Verbesserungen — zugunsten der anderen Seite — eintreten und ob nur wissenschaftliche Kooperation stattfindet oder ob auch das uns fundamental am Herzen liegende Thema der menschlichen Positionen, der humanitären Seite, der Freizügigkeit für Menschen, Meinungen und Informationen vom Partner so ernst genommen wird, daß am Ende — was wir alle wollen — nach Belgrad die Bilanz positiv aussieht.

In diesem Sinne sollten wir offen und aufrecht ohne Anklage den Weg nach Belgrad gehen. Dann wird das große Interesse, das der Europarat mit dieser Debatte, in der bisher 60 Redner gesprochen haben, an diesen Fragen bekundet hat, vielleicht auch die andere Seite veranlassen, unsere Auffassung, die hier freimütig geäußert wurde, richtig zu werten und ernst zu nehmen und Anstände und Wünsche, die wir geäußert haben, in ihr Kalkül einzubeziehen. Das sollte unsere Aufgabe sein. — Danke, Herr Präsident.

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie einem Neuling ein paar Anmerkungen. Ich habe die Arbeit des Europarates seit seinem Bestehen mit großem persönlichen Engagement verfolgt, einfach deswegen, weil ich zu den Menschen gehöre, die durch das Grauen des Krieges und durch das Entsetzen einer Diktatur gegangen sind und die deswegen die große Hoffnung auf einen Europarat setzten, der für alle Menschen nicht nur den Frieden in Europa, sondern vor allem auch die Freiheit der Menschen sichern wollte.

Ich habe damals mit großer Freude verfolgt, wie die griechischen Obristen ausgeschlossen und damit in der ältesten Demokratie Europas die Demokraten unterstützt wurden. Ich habe erlebt, wie wir gegen die Frankisten in Spanien vorgegangen sind, gegen die Salazaristen in Portugal, und ich habe erlebt, wie es uns gelang, die Junta in Chile moralisch zu isolieren.

Meine Damen, meine Herren, aus der Erkenntnis, wie dieser Europarat mit seiner moralischen Autorität die Möglichkeit hatte, in Europa und darüber hinaus für die Menschenrechte einzutreten, bin ich hierhergekommen in der vollen Hoffnung, daß wir noch vor der Konferenz von Belgrad so über die **Menschenrechte in Europa** sprechen, wie es aus unserem Auftrag heraus notwendig wäre. Vor mir liegen Berichte von Menschen aus dem Unterzeichnerstaat der KSZE-Dokumente DDR, aus denen hervorgeht, daß dort Kinder aus politischen Gründen ihren Eltern weggenommen werden, daß diese Kinder einen anderen Namen bekommen, daß die Eltern nicht wissen, wohin ihre Kinder deportiert werden. Vor uns liegen Berichte, daß in kommunistischen Unterzeichnerstaaten der KSZE-Dokumente heute Menschen verfolgt werden, weil sie für die Realisierung der Schlußakte von Helsinki eintreten. Wir alle erleben, mit welchen polizeistaatlichen Mitteln man versucht, Flüchtlinge an den Grenzen zum freien Teil Europas abzuschließen, ja, wie neulich in einer Fernsehsendung gesagt wurde, wie die Hasen zu erschießen.

Meine Damen, meine Herren, dies alles hat mich in der Annahme hierhergeführt, daß dieser Europarat nun seine große moralische Autorität aufwenden werde, daß wir alle gemeinsam unseren Regierungen für Belgrad den Auftrag geben würden, für die Wiederherstellung der Menschenrechte in ganz Europa einzutreten, und zwar nicht nur gegenüber Staaten, die weniger mächtig sind als die Sowjetunion. Ich muß Ihnen gestehen, daß ich heute manches mit Bedauern gehört habe. Es wurde nämlich allzusehr die aktuelle Philosophie der Entspannung über die universelle Bedeutung der Menschenrechte gestellt. Ich meine, wir geraten in die Gefahr, die moralische Autorität dieses Europarats in Frage zu stellen, wenn wir nicht die Menschenrechte gleichermaßen gegenüber einem mächtigen wie gegenüber einem ohnmächtigen Staat verteidigen. Es ist gesagt worden — und damit möchte ich bereits schließen —, daß wir im Augenblick keine Alternative zur Politik der Entspannung haben. Ich möchte zu dieser Behauptung die Feststellung hinzufügen, daß es eine wirkliche Entspannung nicht geben wird, wenn sich die Menschenrechte in Europa nicht durchsetzen.

Lemmrich (CDU/CSU): Herr Präsident! Neben der Zusammenarbeit und den Menschenrechten steht die Sicherheit Europas im Zentrum der KSZE-Konferenzen. Durch Zusammenarbeit zwischen Ost und West soll und kann das Vertrauen entstehen, das die Voraussetzung größerer Sicherheit in Europa darstellt — einem Europa, in dem sich Ost und West hoch gerüstet gegenüberstehen.

Unser Schweizer Kollege Aubert spricht eingangs seines Berichtes davon, daß die Nachfolgekonzferenz in Belgrad die Suche nach weiteren Möglichkeiten für größere Sicherheit fortsetzen soll. Über die **Entwicklung der Sicherheitslage** in Europa seit Abschluß der Helsinki-Konferenz macht der Bericht jedoch keine Ausführungen.

Es muß festgestellt werden, daß trotz Helsinki die Sowjetunion ihre seit Jahren anhaltende gewaltige Aufrüstung weiter fortgesetzt hat. In kritischen Zei-

ten entscheiden über den Frieden nicht nur Verträge, sondern noch stärker die Machtpotentiale. Und viele Menschen in Europa fragen voll tiefer Sorge, was die Sowjetunion mit ihrer Aufrüstung wirklich im Schilde führt.

Der Herr Kollege Aubert hat sich in seinem Bericht auch mit den Kritikern der KSZE auseinandergesetzt. Ich habe den Eindruck, daß er es sich dabei etwas zu einfach gemacht hat. Sicher gibt es Kritiker, die alles mit dem Wort abtun, die ganze Angelegenheit der KSZE sei nur ein großer Schwindel. Die ernsthaften kritischen Stimmen sind jedoch viel differenzierter und haben das Ziel, mögliche Gefahren abzuwenden.

In der Tat hat sich in einer Reihe freiheitlicher europäischer Staaten die Auffassung verbreitet, der Frieden sei weitgehend gesichert, und das Geld für die Verteidigung könne für andere Zwecke verwendet werden. Die Folge ist ein sichtbares Nachlassen der Verteidigungsanstrengungen in einer Reihe freier europäischer Staaten. Die Forderungen des NATO-Oberbefehlshabers, die erst unlängst wieder erhoben worden sind, sprechen hier eine sehr beredte Sprache.

Und dies alles geschieht auf dem Hintergrund der gewaltigen sowjetischen Aufrüstung, der Aufrüstung einer Weltmacht, deren Politik wesentlich von der kommunistischen Ideologie mitbestimmt wird — einer Ideologie, der nach den Grundsätzen Lenins und nach unseren Erfahrungen zur Durchsetzung ihrer Ziele jedes Mittel recht ist. Ich beklage dies nicht; man muß es nur wissen und sich darauf einstellen. Wenn man dies alles betrachtet und von den Folgen der KSZE redet, muß man auch das Nachlassen des Willens, sich zu verteidigen, ins Kalkül einbeziehen.

Nun gibt es Leute, die sagen, das sei doch heute alles ein bißchen anders. Sollte dies so sein, so ist die Schaffung gegenseitigen Vertrauens der zentrale Punkt echter dauerhafter Entspannung. Herr Kollege Aubert hat das in dem Kapitel seines Berichtes, in dem er über die kommunistische Ideologie spricht, in einer beeindruckenden Weise dargestellt.

Die Feststellung der kommunistischen Partei der Sowjetunion und ihres Generalsekretärs Breschnew, daß die Entspannung und die Koexistenz nur die zwischenstaatlichen Beziehungen betreffen, nicht aber den ideologischen Kampf des Kommunismus, das ist in der Tat eine Antwort, die nicht ermutigend ist. Der Friede ist und bleibt eine unteilbare Sache.

Der Bericht geht auch auf die Rolle der KSZE-Akte im Hinblick auf den Eurokommunismus ein. Wer Lenin zur Grundlage seiner Politik macht, dem ist es unmöglich, eine Politik der Freiheit zu betreiben. Wenn die Kommunisten eine Politik der Freiheit betreiben wollen und wenn sie Lenin als ihr geistiges Fundament verlassen wollen, dann müssen sie sich einen anderen Namen geben.

Der Kommunismus funktioniert in Freiheit nicht. Er ist nicht in der Lage, die Lebensbedürfnisse der Menschen zu befriedigen, da er gegen die menschliche Natur gerichtet ist. Daher greift er überall, wo er an die Macht gelangt ist, zu Zwang und Gewalt. Die Kommunisten, die noch nicht an der Macht sind,

werden nicht anders handeln, wenn sie an die Macht kommen. Das ist dem System des Kommunismus immanent.

Wiederholt ist behauptet worden, zur Entspannungspolitik gäbe es keine Alternative. Spannungen abzubauen und den Frieden zu sichern ist das Ziel jeder vernünftigen Politik, die den Menschen im Mittelpunkt ihrer Anstrengungen sieht. Es gibt aber zwei Arten der Entspannungspolitik: Jene der einseitigen Vorleistungen und jene des gleichgewichtigen Gebens und Nehmens. Die Entspannungspolitik einseitiger Vorleistungen hat den Frieden nicht sicherer gemacht. Das gilt von Vietnam bis Berlin. Einseitige Vorleistungen ermutigen die expansive Politik der Sowjetunion.

Dabei wäre es ein Segen für die ganze Welt, wenn die Verantwortlichen im Kreml sich entschließen könnten, weniger für Rüstung auszugeben, und sich einem ernsthaften Versuch innerer Reformen hingäben.

Ein Experte hat dazu gesagt:

Die Sowjetunion hat es verstanden, den Westen sowohl mit ihrer Stärke wie mit ihrer Schwäche zu erpressen. Wir schrecken vor sowjetischer Macht zurück, wir scheuen uns aber auch, sowjetische Schwierigkeiten auszunützen. Dieser Unterschied in der Bereitschaft, Risiken einzugehen, hat den Sowjets in der Nachkriegszeit ihren fundamentalen Vorteil verschafft, womit es ihnen beinahe gelungen ist, den Bankrott ihres Sozialsystems und die Unstabilität ihrer Spitzenstruktur zu kompensieren.

So geschrieben in einem 1959 veröffentlichten Buch von Dr. Henry Kissinger.

Die Regierungen des Westens sollten auf der Nachfolgekonferenz von Belgrad mit Festigkeit und Wachsamkeit die Sache der Menschenrechte, der Freiheit, der Sicherheit und der Zusammenarbeit vertreten.

Freitag, 29. April 1977

Tagesordnungspunkt:

Die vierte Kontrollperiode der Anwendung der Europäischen Sozialcharta

(Drucksache 3949)

Berichterstatter: Abg. Büchner

Tagesordnungspunkt:

Die allgemeine Politik des Europarates — Verwirklichung der Schlußakte der KSZE

(Fortsetzung der Aussprache)

Empfehlung 808

betr. die Verwirklichung der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Die Versammlung

1. verweist auf ihre Entschlieung Nr. 654 betr. die Durchführung der KSZE-Schlußakte;

2. begrüßt den regelmäßigen Gedankenaustausch über die Durchführung der Schlußakte von Helsinki und die politische Vorbereitung der Treffen in Belgrad im Rahmen des Ministerkomitees des Europarates;
3. ist sich der vordringlichen Bedeutung einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Repräsentanten von Parlament und Regierung bewußt, die eine vollständigere Information über die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und ihre Folgen im Rahmen der Ost-West-Beziehungen ermöglicht;
4. ist überzeugt, daß die im zwischenstaatlichen Bereich sowie die von parlamentarischer Seite auf diesem Gebiet unternommenen Handlungen eine wirkungsvolle gegenseitige Abstimmung notwendig machen;
5. empfiehlt dem Ministerkomitee:
 - a) die politische Abstimmung im Hinblick auf die Treffen in Belgrad ebenso wie den regelmäßigen Gedanken- und Informationsaustausch über die praktische Durchführung der KSZE-Schlußakte fortzuführen;
 - b) einen Gedankenaustausch zwischen Repräsentanten der Mitgliedstaaten des Europarates, Kanadas und der Vereinigten Staaten von Amerika über die Entwicklung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa abzuhalten, so wie es in der Empfehlung Nr. 803 (1977) vorgeschlagen worden war;
 - c) eine praktische Zusammenarbeit zu fördern, indem es die direkt betroffenen Staaten Osteuropas zur Teilnahme an der nächsten Konferenz der europäischen Minister für Raumordnung einlädt, die für 1978 in Wien vorgesehen ist und u. a. das Thema „Die großen Entwicklungs- und Verkehrsachsen in Europa“ behandelt, ebenso wie zur nächsten Ministerkonferenz über Umweltfragen, die 1979 in der Schweiz stattfinden wird;
6. empfiehlt dem Ministerkomitee außerdem, eine Koordination der Arbeiten der beiden Organe des Europarates hinsichtlich der Durchführung der KSZE-Schlußakte zu fördern:
 - a) durch einen regelmäßigen Gedankenaustausch mit einer Delegation der Versammlung;
 - b) durch das Ermöglichen einer Teilnahme der Versammlung an den Treffen, die es unter Hinzuziehung von Regierungsexperten abhält; die Modalitäten für eine solche Teilnahme wären gemeinsam festzulegen;
 - c) durch einen regelmäßigen Informations- und Dokumentationsaustausch.

Entschlieung 654

betr. die Verwirklichung der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Die Versammlung

1. erinnert an ihre grundsätzlichen Stellungnahmen zur Konferenz über Sicherheit und Zu-

sammenarbeit in Europa in den Empfehlungen 692 (1973), 729 und 739 (1974) und ihre Entschlüsse 588, 595 (1975) und 625 (1976) sowie an ihre Richtlinie 352 (1975), die alle zuständigen Ausschüsse auffordert, eine eingehende Analyse der KSZE-Schlußakte durchzuführen und der Versammlung darüber Bericht zu erstatten;

2. vertritt die Ansicht, daß die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und die Folgemaßnahmen zu ihrer Schlußakte, die am 1. August 1975 von den 35 Teilnehmerstaaten aus Europa und Nordamerika in Helsinki unterzeichnet wurde, eine neue Dimension in den Ost-West-Beziehungen eröffnen können und einen wesentlichen Teil der Entspannung darstellen;
3. ist sich bewußt, daß die der Schlußakte zugrunde liegenden Ziele und Motivierungen ebenso wie die Methoden ihrer Durchführung nicht in allen Teilnehmerstaaten identisch sind;
4. unterstreicht jedoch die Bedeutung, die die Durchführung der Schlußakte in ihrer Gesamtheit für die Verbesserung der Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systemen und die Erleichterung des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Völkern hat;
5. hofft, daß ihre allgemeine Debatte vom April 1977, an der alle zuständigen Ausschüsse teilgenommen haben und die es erlaubt hat, eine erste vorläufige Bilanz über die Durchführung der Schlußakte zu ziehen, von parlamentarischer Seite einen Beitrag zur Vorbereitung der Sitzungen geleistet hat, die 1977 in Belgrad die ersten Folgemaßnahmen des Abkommens von Helsinki bewerten werden:
 - a) indem sie die Regierungen der Teilnehmerstaaten an ihre feierlich eingegangenen Verpflichtungen erinnert und indem sie sie über Stellungnahmen der europäischen Parlamentarier unterrichtet;
 - b) indem sie die Öffentlichkeit so ausführlich und so realistisch wie möglich über die praktische Tragweite der Vereinbarungen von Helsinki und die politische Lage vor den Treffen in Belgrad informiert;

betr. die Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten

6. warnt die Teilnehmerstaaten vor einer unterschiedlichen Durchführung der gegenseitigen Beziehungen behandelnden Prinzipien und dem damit verbundenen Risiko, die Uneinigkeiten zwischen den sozio-politischen Systemen zu vergrößern;
7. ist der Ansicht, daß es keine Alternative zur Entspannung gibt, die als grundlegendes Prinzip für die Entwicklung von Sicherheit und Zu-

sammenarbeit in Europa angesehen werden muß, allerdings unter der Voraussetzung, daß sie auf der Grundlage der Gegenseitigkeit angewandt wird;

8. hält die Prinzipien der Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität der Staaten sowie den Verzicht auf Androhung oder Anwendung von Gewalt für Faktoren der Stabilität in Europa, vorausgesetzt, daß gleichzeitig die Prinzipien der souveränen Gleichheit und die der Souveränität der Staaten innewohnenden Rechte sowie die Prinzipien der Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung der Völker respektiert werden;
9. begrüßt die Anerkennung der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten durch die Unterzeichnerstaaten von Helsinki, die gleichzeitig das Recht des Individuums bestätigen, seine Rechte und Pflichten auf diesem Gebiet zu kennen und auszuüben,
 - a) ist überzeugt davon, daß es kein Recht gibt, das dem der Freiheit und der Würde des Individuums übergeordnet ist,
 - b) und ruft ebenfalls in Erinnerung, daß die Verteidigung der Menschenrechte keine Parteinahme erlaubt und daß diese überall gleich angewandt werden müssen, unabhängig von den bestehenden politischen und sozialen Systemen;
10. hofft, daß die Bemühungen zur Erarbeitung des „Entwurfs einer Konvention zur Errichtung eines europäischen Systems für die friedliche Regelung von Streitfällen“ bald fortgesetzt werden können und zur Annahme eines entsprechenden Übereinkommens zwischen allen betroffenen Staaten führen wird;
11. hofft, daß alle Unterzeichnerstaaten der Schlußakte den internationalen Abkommen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie über die zivilen und politischen Rechte beitreten und diese einhalten werden;

betr. das Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung

12. ist der Ansicht, daß die Möglichkeiten einseitiger oder gegenseitiger Gesten, die dazu bestimmt sind, das Vertrauen zu stärken, noch nicht genügend ausgeschöpft sind;
13. stellt fest und bedauert die Zunahme verbaler Angriffe, auf der einen wie auf der anderen Seite, die Teilnehmern der Konferenz von Helsinki aggressive Absichten zuschreiben;
14. unterstreicht die politische Bedeutung aller Anstrengungen, die darauf ausgerichtet sind, die verschiedenen Interessenlagen mit dem vordringlichen Sicherheitsbedürfnis zu vereinbaren,

- a) wobei sie anerkennt, daß bei der Ankündigung militärischer Manöver und dem Austausch von Beobachtern gewisse Fortschritte zu verzeichnen sind, was auch für die bei den Wiener MBFR-Verhandlungen getroffene Vereinbarung gilt, eine ausführliche Studie der abweichenden Zahlenangaben über Bodestreitkräfte vorzunehmen; dabei handelt es sich um Fortschritte, die einen ersten bescheidenen Schritt zu mehr Transparenz in militärischen Angelegenheiten darstellen und die mithelfen, den Mythos abzubauen, daß das militärische Geheimnis ein unbedingter Bestandteil der Sicherheit der Staaten sei;
- b) und wobei sie die Forderung unterstützt, das Rüstungsbudget zugunsten einer entsprechend verstärkten Hilfe für die Entwicklungsländer zu vermindern, allerdings unter Voraussetzung der Reziprozität und des Angleichens zwischen den Staaten aus Ost und West in der Gewährleistung einer solchen Hilfe;

betr. die Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft

15. ist der Auffassung, daß die wirtschaftlichen Interessen ost- und westeuropäischer Staaten sich weitgehend ergänzen, was wiederum eine verstärkte bi- und multilaterale Zusammenarbeit zwischen den beiden Staatengruppen erfordert, sowie weitere Bemühungen um eine Verbesserung der Geschäftskontakte und der wirtschaftlichen und industriellen Zusammenarbeit erfordert;
16. anerkennt die, wenn auch bescheidenen, Fortschritte, die bei der Durchführung der Schlußakte im wirtschaftlichen Bereich erzielt worden sind;
17. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates auf, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Ländern auf der Grundlage eines ausgewogenen Verhältnisses von Vorteilen und Pflichten zu fördern;
18. ist der Meinung, daß die Staaten Osteuropas vorrangig die Qualität und die Aktualität ihrer Informationen über Wirtschaft und Handel sowie den Zugang zu diesen Informationen verbessern sollten, und zwar hauptsächlich was die Reformen und Reformentwürfe im Rahmen der nationalen Gesetzgebung hinsichtlich des Außenhandels, der Bedingungen der industriellen Zusammenarbeit und wirtschaftlicher Statistiken anbelangt;
19. hofft, daß im bi- und multilateralen Bereich Maßnahmen getroffen werden, um die Möglichkeiten für Schiedsverfahren im Handel in Europa zu verbessern;
20. ist der Meinung, daß die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) eine wichtige Rolle spielen kann im Hinblick auf die Harmonisierung der Statistiken und Nomenklaturen und die Errichtung einer multilateralen Zentralkartei der Gesetzesbestimmungen zum Außenhandel;
21. glaubt, daß die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa den geeigneten Rahmen zur Überprüfung und Ausführung der multilateralen Projekte in den Bereichen Energie, Transport und Umwelt bietet;

betr. die Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Technik

22. erinnert an ihre Richtlinie Nr. 357 (1976), in der sie ihren Ausschuß für Wissenschaft und Technologie beauftragt, regelmäßige Kontakte zwischen Verantwortlichen im Wissenschaftsbereich aus ganz Europa herzustellen und Forscher aus sozialistischen Ländern an wissenschaftlichen Konferenzen teilnehmen zu lassen, um dadurch den Fortschritt der wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit in Europa zu erleichtern;
23. betrachtet die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit als einen normalen Bestandteil des internationalen Lebens, der unabhängig von den bestehenden Gesellschaftssystemen den Interessen der Völker und ihrer wirtschaftlichen Entwicklung dient und dessen Erweiterung guten Willen und Ausdauer erfordert;
24. vertritt die Ansicht, daß im Bereich der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit bereits ermutigende Resultate erzielt worden sind, und zwar dank der Initiativen internationaler Organisationen wie der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa, der UNESCO und des Europarats, die zusätzlich zu den rein universitären Initiativen gesehen werden müssen und die es ermöglicht haben, die Probleme der Zusammenarbeit im gesamteuropäischen Rahmen konkret in Angriff zu nehmen;
25. beauftragt seinen Ausschuß für Wissenschaft und Technologie, seine Anstrengungen im Sinne der Richtlinie Nr. 357 (1976) fortzusetzen; begrüßt die ersten zu verzeichnenden Ergebnisse und fordert den Ausschuß gleichzeitig auf, seine Anstrengungen und Initiativen zu vervielfachen, um dadurch die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit der Staaten Europas zu verstärken.

betr. die Zusammenarbeit in den Bereichen Umwelt, Verkehrswesen und Raumordnung

26. ist der Ansicht, daß die Ziele der Zusammenarbeit im Bereich Umwelt auf pragmatische Art und Weise in Angriff genommen werden müssen und daß dem Schutz der großen Wasserläufe, die, wie die Donau, mehrere west- und osteuropäische Länder durchqueren, sowie dem

Kampf gegen die grenzüberschreitende Luftverschmutzung Vorrang gegeben werden sollte;

27. begrüßt in diesem Zusammenhang die Ost-West-Zusammenarbeit zum Schutz der Ostsee und unterstreicht mit Genugtuung die beispielhafte Zusammenarbeit, die sich schon seit geraumer Zeit zwischen Jugoslawien, Österreich und Italien in den Bereichen Raumordnung, Fremdenverkehr und Naturschutz eingespielt hat; diese Zusammenarbeit hat auch kürzlich zum Abschluß des Abkommens von Osimo zwischen Italien und Jugoslawien geführt, das den Grenzraum Triest betrifft;
28. ist der Ansicht, daß diese Beispiele zeigen, daß eine praktische Zusammenarbeit zwischen Staaten mit unterschiedlichen politischen Systemen möglich ist, und hofft, daß andere Initiativen, die oft von den kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften ausgehen, zu weiteren Leistungen in den Grenzgebieten führen werden, und zwar vornehmlich zu vermehrten Austausch und Begegnungen zwischen Menschen im Sinne des Abkommens von Helsinki.

betr. die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte der Wanderarbeit

29. unterstreicht die Bedeutung, die sie der Zusammenführung der Familien der Wanderarbeiter beimißt;
30. fordert die Aus- und Einwanderungsländer dringend auf, all die Maßnahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu treffen, die dazu bestimmt sind, die Arbeitslosigkeit in den Heimatländern der Wanderarbeiter zu verringern;
31. hofft, daß alle betroffenen Staaten die Konvention über die Wanderarbeiter (Zusatzprotokolle) 1975 (Nr. 143) der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifizieren werden, und zwar vor allem ihren zweiten Teil, so wie es die Versammlung in ihrer Entschließung Nr. 632 (1976) empfohlen hat;
32. bittet dringend alle betroffenen Staaten, insbesondere durch bi- und multilaterale Abkommen Maßnahmen zu ergreifen, um die Bedingungen der Wanderbewegungen von Arbeitskräften festzulegen und um die Interessen der Wanderarbeiter und ihrer Familien zu schützen;

betr. die Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum

33. ruft den den Mittelmeerraum betreffenden Abschnitt der Schlußakte in Erinnerung und fordert alle Unterzeichnerstaaten dazu auf, durch gezielte Maßnahmen die Beziehungen mit den nicht an der KSZE teilnehmenden Mittelmeerstaaten voranzutreiben, um dadurch die Sicherheit und Stabilität in dieser Region zu stärken;
34. schlägt neue Initiativen zur Durchführung von Projekten vor, die der Entwicklung der Infra-

struktur und des wirtschaftlichen Wachstums der an der KSZE teilnehmenden und nicht teilnehmenden Mittelmeerstaaten dienen und die multilateral finanziert werden sollen;

betr. die Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen

Menschliche Kontakte

35. legt ganz besonderen Wert darauf, daß die Zahl der Menschen, die die Erlaubnis erhalten, aus familiären, persönlichen oder beruflichen Gründen auszuwandern oder außerhalb ihrer Heimatländer zu reisen, ständig zunimmt;
36. stellt eine leichte Verbesserung der Bedingungen der Freizügigkeit von Personen zwischen West- und Osteuropa während der beiden vergangenen Jahre fest;
37. fordert, daß alle willkürlichen Maßnahmen, insbesondere wenn sie sich auf religiöse oder ethnische Erwägungen stützen und dazu dienen, die Bewegungsfreiheit von Personen von einem Land zum anderen zu verhindern oder beeinträchtigen, vermieden werden;

Information

38. unterstreicht den wesentlichen Beitrag der im internationalen Rahmen frei verbreiteten Information, sei es schriftlich oder durch Radio und Fernsehen, zu einem fortschreitenden gegenseitigen Verständnis zwischen den Völkern;
39. unterstreicht ebenfalls die Notwendigkeit einer unbehinderten Berufsausübung der im Bereich der Massenmedien Beschäftigten und bedauert die Rückschritte in dem nach dem 1. August 1975 eingeleiteten Prozeß, dessen Ziel es war, die Arbeit der Auslandskorrespondenten zu erleichtern;

betr. die Zusammenarbeit und den Austausch in den Bereichen Kultur und Erziehung

40. erkennt an, daß der Ost-West-Dialog im Bereich der Kultur die Realisierung der folgenden fünf Ziele, die in der Präambel zu dem entsprechenden Abschnitt der Schlußakte aufgezählt sind, anstreben muß:
 - a) den gegenseitigen Informationsaustausch im Hinblick auf eine bessere Kenntnis der jeweiligen kulturellen Leistungen zu entwickeln,
 - b) die materiellen Möglichkeiten für Austausch und Verbreitung kultureller Güter zu verbessern,
 - c) den Zugang aller zu den jeweiligen kulturellen Leistungen zu fördern,
 - d) Kontakte und Zusammenarbeit zwischen Personen zu entwickeln, die eine kulturelle Tätigkeit ausüben,
 - e) und neue Bereiche und Formen der kulturellen Zusammenarbeit zu suchen;

41. bejaht, daß im Bereich Kultur und Erziehung die Zusammenarbeit zwischen Ost und West dazu führen muß, die Rolle des Individuums zu stärken, einem jeden den Zugang zu den kulturellen Gütern der anderen Unterzeichnerstaaten zu erleichtern und die direkten Kontakte zwischen nichtstaatlichen Organisationen und zwischen Individuen zu fördern;

betr. die Folgen der Konferenz

42. ist der Ansicht, daß die Dynamik der KSZE als ein bestimmender Faktor in den Ost-West-Beziehungen aufrechterhalten werden müßte und daß die in ihr liegenden Möglichkeiten noch weiter ausgeschöpft werden müssen;
43. sieht die Treffen in Belgrad als eine Etappe in einem langfristigen Prozeß an, die es ermöglichen, in einer von Polemik freien Atmosphäre, eine erste vorläufige Bilanz der Abkommen von Helsinki zu ziehen; Abkommen, die nach den Regeln der internationalen Zusammenarbeit auf gegenseitigen Konzessionen und Vorteilen beruhen;
44. glaubt nicht, daß schon allein die Unterzeichnung der Abkommen von Helsinki einen plötzlichen Verhaltensumschwung hinsichtlich der Probleme der persönlichen Grundrechte oder der zwischenstaatlichen Beziehungen hervorrufen wird, sondern daß ein Wandel in diese Richtung nur möglich ist, wenn der Dialog aufrechterhalten wird und wenn die Teilnehmerstaaten ihre Zusammenarbeit in allen Bereichen weiterentwickeln;
45. vertritt die Ansicht, daß alle Unterzeichnerstaaten, unabhängig von den Treffen in Belgrad, die vielfältigen Bestimmungen der Schlußakte allein und gemeinsam weiterentwickeln müssen und sich dabei in vollem Umfang der von den kompetenten internationalen Organisationen gebotenen Möglichkeiten bedienen sollten;
46. hält es für unumgänglich, die Öffentlichkeit so vollständig und realistisch wie möglich über die Rolle der KSZE und ihre Folgen im Rahmen der Ost-West-Beziehungen zu informieren:
- a) durch besondere Berücksichtigung der Abkommen von Helsinki und ihrer Folgen im Rahmen der von Presse, Rundfunk und Fernsehen vermittelten Informationen;
 - b) durch das Abhalten von spezialisierten Seminaren und Round-Table-Diskussionen über die Bedeutung der Abkommen von Helsinki, wobei den Teilnehmern die dazu notwendige Dokumentation zur Verfügung gestellt wird;
 - c) durch eine vollständige Information der Öffentlichkeit über die Tragweite und die Ziele der Treffen von Belgrad;
 - d) durch eine echte Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den von Regierungen und Parlamenten unternommenen Handlungen in diesem Bereich;

47. beschließt:

- a) die Untersuchung der Durchführung der KSZE-Schlußakte auf der Tagesordnung der zuständigen Ausschüsse zu belassen und im Laufe des Jahres 1978 wieder eine öffentliche Debatte zu diesem Thema abzuhalten;
- b) alle Initiativen zu ergreifen, die dazu dienen, einen im Geiste konstruktiver Zusammenarbeit geführten Dialog zwischen Politikern aus allen Unterzeichnerstaaten herbeizuführen, der Fragen der Sicherheit und Probleme in den verschiedenen Bereichen der Zusammenarbeit in Europa erörtern soll;

48. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates dazu auf:

- a) den Inhalt dieser Entschliebung als Ausdruck der Meinung der 19 Mitgliedstaaten, die alle Unterzeichner der Schlußakte der Konferenz von Helsinki sind, aufmerksam zu prüfen;
- b) eingedenk der vordringlichen Bedeutung einer engen Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament im Bereich der Durchführung des Abkommens von Helsinki, eine angemessene parlamentarische Vertretung in den nationalen Delegationen zu gewährleisten, die zu den im Herbst 1977 in Belgrad stattfindenden Haupttreffen entsandt werden.

Tagesordnungspunkt:

Das zwischenstaatliche Arbeitsprogramm des Europarates — Erste Überarbeitung des mittelfristigen Planes 1976—1980

(Drucksache 3970)

Berichterstatter: Abg. Alber

Alber (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! In Anbetracht der Tatsache, daß die Zeit fortgeschritten ist und daß es sich um den vorletzten Punkt der Tagesordnung handelt möchte ich mich kurz fassen.

Wir befassen uns heute mit der ersten **Revision des fünfjährigen mittelfristigen Arbeitsprogramms**, das wir vor genau einem Jahr verabschiedet und beschlossen haben. Ich hätte mir nun eigentlich, nachdem ich das Ministerkomitee in den Budgetfragen leider nicht hatte loben können, gewünscht, dies heute bei der Behandlung des Arbeitsprogramms tun zu können. Wenn ich jedoch die Stellungnahmen aller Ausschüsse durchsehe, muß ich auch heute wieder sagen, daß wir das Ministerkomitee nicht loben können. Ja ganz im Gegenteil: es besteht Anlaß zu einer herben Kritik.

Übereinstimmend haben alle Ausschüsse festgestellt, daß keine der wesentlichen Forderungen der Versammlung und keine Vorstellung von grundsätzlicher Bedeutung in das Arbeitsprogramm aufgenommen worden sind und daß darüber hinaus zu unseren

Anregungen vom Ministerkomitee nicht Stellung genommen worden ist. Es heißt lediglich: „tenu compte de l'avis de l'assemblée . . .“ Dies, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ist eigentlich nur eine leere Worthülse.

Wir haben geglaubt, daß die Frage, was wir als Assemblée wollten, ernst gemeint gewesen sei. Es gibt im Sprachgebrauch vielfach Fragestellungen, die man nicht ernst meint. Wenn ich jemanden auf der Straße treffe und ihn frage, wie es ihm geht, erwarte ich gar keine ernste Antwort. Daß die Frage, was wir zum Programm zu sagen hätten, genauso gemeint war wie die Begrüßungsformel „Wie geht's“ ist eigentlich traurig, wirft aber doch ein bezeichnendes Licht auf den Europarat. Es zeigt deutlich, daß die **Stellung der Parlamentarischen Versammlung** im Grunde von zwei Seiten her bedroht ist, einmal vom Europäischen Parlament, das ja immer mehr an sich zieht, zum anderen aber leider auch vom Ministerkomitee selbst. Ich bedaure dies sehr; denn im Grunde sind wir zwei Teile einer Organisation, und es wäre auch im Interesse des Europarates notwendig, daß diese beiden Teile besser zusammenwirkten.

Nach dem Statut des Europarates sind wir ein gleichberechtigter und gleichbedeutender Teil dieses Europarates und nicht bloß ein in der Küche geduldetes außereheliches Kind. Ich sage dies ganz deutlich. Sicher ist nach den Regeln des Völkerrechts und des internationalen Rechts ein parlamentarisches Organ bei einer internationalen Organisation nicht die Regel. Aber — und dies möchte ich klar hervorheben — für den Europarat gelten nicht nur die Regeln des Völkerrechts, für uns gelten vorab die Regeln der Demokratie. Und dies bedingt und begründet den Stellenwert der Parlamentarischen Versammlung, dieses Hauses.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht sind wir selber auch nicht ganz unschuldig. Wir müssen für unsere Rechte kämpfen. Wir müssen den Europarat politisch mit Leben erfüllen. Die Debatte vorhin hat gezeigt, daß wir dies können. Wenn wir es nicht tun, sind wir lediglich eine Behörde und eine Bürokratie. Wir müssen aber ein politisches Organ sein.

In der Kürze der Zeit möchte ich zu den einzelnen von den Ausschüssen angesprochenen Punkten nicht Stellung nehmen; dies werden andere tun. Ich möchte nur einige Punkte ganz kurz erwähnen.

Notwendig ist eine Zieldefinition. Wir müssen den Stellenwert des Europarates genau definieren. Dies ist insbesondere auch zur Abgrenzung unseres Arbeitsbereichs gegenüber dem Arbeitsbereich anderer internationaler Organisationen und speziell des Europäischen Parlaments wichtig.

Zweitens ist es wichtig, daß wir klare Vorstellungen über die haushaltsmäßige Finanzierung unserer Arbeiten haben. Es nützt nichts, ein fünfjähriges Programm aufzustellen und nicht auch konkret zu sagen, wie man das ganze finanzieren kann. Ich habe mir einmal den Haushaltsplan des Europäischen Parlaments angesehen und dabei festgestellt, daß das Europäische Parlament im Jahr etwa 480 Millionen französische Francs zur Verfügung hat. Der Assemblée des Europarates stehen demgegenüber im

ganzen Jahr 12 Millionen französische Francs zur Verfügung. Wenn Sie das zueinander in Relation setzen, bedeutet dies: Wenn das Europäische Parlament nur so viel Geld hätte wie wir, müßte es seine Arbeit jeweils bereits am 10. Januar eines Jahres wieder einstellen. Ich fordere nicht, daß wir finanziell dem Europäischen Parlament gleichgestellt werden. Das wäre vermessen. Aber diese Relation zeigt doch, daß hier irgend etwas nicht stimmt.

Ein dritter Punkt. Abgesehen von der Fülle der Anregungen ist es notwendig, einen genauen **Prioritätenkatalog** zu erarbeiten; denn nur dann können wir unsere Arbeit glaubwürdig fortführen.

Dies, meine Damen und Herren, waren nur einige wesentliche Punkte. Abschließend möchte ich auf die Ziffern 12 und 13 meines Berichts hinweisen. Auf diese lege ich besonderen Wert. Hier wird beantragt, daß wir eine Ad-hoc-Gruppe bilden, die in einer besonderen Sitzung des Comité mixte die Fragen des mittelfristigen Arbeitsprogramms einmal mit dem Ministerkomitee zusammen durchgeht. Denn, meine Damen und Herren — und damit möchte ich schließen —, im Interesse des Europarates und Europas schlechthin müssen wir Nägel mit Köpfen machen.

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident! Im Namen des Ausschusses für Kommunalpolitik und Raumordnung begrüße ich die Tatsache, daß das **mittelfristige Arbeitsprogramm** in den Sektoren 16 bis 19 dem Schutz von Natur und Umwelt, der Erhaltung unseres architektonischen Erbes, der Raumordnung und der besonderen und wichtigen Rolle der Gemeinden und Regionen im Rahmen einer europäischen Zusammenarbeit einen weiten Raum gibt. Damit hat das Ministerkomitee in etwa den langjährigen Bemühungen und Forderungen unserer Parlamentarischen Versammlung entsprochen.

Ich will die Gründe, die für die Einbeziehung dieser Sachbereiche in die Arbeit des Europarats sprechen, hier nicht wiederholen. Daß es nicht möglich ist, die Umwelt allein in den nationalen Grenzen unserer Staaten zu schützen, liegt auf der Hand. Auch der Schutz unseres kulturellen und architektonischen Erbes ist eine europäische, nicht allein eine nationale Aufgabe. Die Raumordnung schließlich wird zunehmend Bedeutung erlangen. Sie wird noch stärker als bisher darauf achten müssen, daß die Grenzen unserer Staaten zueinander, also die inneren Grenzen Europas nicht durch die unterschiedliche Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaften und durch den unterschiedlichen Wohlstand unserer Menschen vertieft und verfestigt werden. Das gilt insbesondere für die Grenzen zwischen den Staaten der Europäischen Gemeinschaft und den übrigen Mitgliedstaaten des Europarates. Es gibt daher gute Gründe dafür, daß die vom Ausschuß für Kommunalpolitik und Raumordnung vertretenen Sachbereiche künftig einen der Schwerpunkte der Arbeit des Europarates bilden werden.

Dieser besonderen Bedeutung von Umweltschutz, Denkmalschutz, Raumordnung sowie Kommunal- und Regionalpolitik entspricht nun allerdings keineswegs die finanzielle Dotierung dieser Sachbereiche. Hier möchte ich mich dem Standpunkt des

Kollegen Alber mit Nachdruck anschließen. Unser Ausschuß hat lebhaft bedauert, daß die mangelhafte finanzielle Ausstattung eine scharfe Bremse für eine wirkungsvolle Arbeit in den genannten Sachbereichen darstellen wird. Wir kennen nun allerdings alle die äußerst dürftige finanzielle Ausstattung des Europarats. Kollege Alber hat soeben eindrucksvoll und mit Zahlen belegt nochmals darauf hingewiesen. Wir glauben auch kaum, daß dieser Mangel bereits in Kürze umfassend behoben sein wird. Aus diesem Grunde werden wir in den nächsten Jahren darauf zu achten haben, daß eine gewisse Umverteilung der insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel erfolgt. Das soll nun nicht auf einen Verteilungskampf zwischen den etablierten und den neu hinzugekommenen Gebieten unserer Arbeit hinauslaufen. Gleichwohl werden wir künftig alle darauf zu achten haben, daß auch die neuen Aufgaben des Europarats eine angemessene finanzielle Ausstattung erfahren und nicht etwa aus finanziellen Gründen beendet werden müssen, bevor sie in Angriff genommen oder gar gelöst sind.

Schlußwort des Berichterstatters:

Alber (CDU/CSU): Herr Präsident! Ich möchte mich zum Schluß bei allen sehr herzlich bedanken, die in dieser Debatte noch mündliche Anregungen gegeben und zugleich meinen Bericht unterstützt haben. Ich würde es sehr begrüßen, wenn diese Kollegen an den Sitzungen des Gemischten Ausschusses teilnehmen würden, in denen wir die Revision des Plans zu einer weiteren Erörterung vorlegen werden.

Abschließend möchte ich mich ganz besonders beim Ausschußsekretariat und bei Herrn Stegen bedanken, der wie immer eine vorbildliche Arbeit geleistet hat.

Ich darf Sie bitten, den Bericht zu unterstützen, indem Sie ihm zustimmen.

Stellungnahme 84

betr. die erste Überarbeitung des mittelfristigen Planes 1976—1980

Die Versammlung

...
...

4. bedauert, daß das Ministerkomitee nicht die Gelegenheit genutzt hat, um in einem der satzungsgemäßen Berichte auf die Stellungnahme der Versammlung zu antworten, und daher den Eindruck erweckt, daß es einen wirklichen Dialog über die Planungen der zwischenstaatlichen Aktivitäten des Europarates zu vermeiden sucht;
5. bedauert ferner, daß die endgültige Version des Mittelfristigen Planes keine der grundlegenden Überlegungen, die die Versammlung in ihrer Stellungnahme zum Ausdruck gebracht hat, aufgreift und nur einige der Vorschläge der Versammlung zur Definition der Zielsetzungen des Planes einbezieht;

6. verweist insbesondere auf ihre in den Absätzen 8 und 12 der Stellungnahme 74 (1976) gemachten Bemerkungen, die sich auf die Notwendigkeit einer allgemeinen politischen Erklärung beziehen, in der eine globale Strategie für den Plan dargelegt und Prioritäten gesetzt werden;
7. betont, daß es die satzungsgemäße Rolle der Versammlung ist, zu jeder Zeit jedes aktuelle und politisch relevante Thema aufzugreifen und Empfehlungen an das Ministerkomitee zu richten, ohne daß sie durch irgendein Planungsinstrument, das im zwischenstaatlichen Bereich anwendbar ist, eingeschränkt wird;
8. ist der Ansicht, daß deshalb ein bestimmter Mechanismus notwendig ist, um den Plan kurzfristig anzupassen, damit den Empfehlungen der Versammlung auf zwischenstaatlicher Ebene entsprechend Folge geleistet werden kann;
9. glaubt, daß es nützlicher gewesen wäre, die Versammlung zu konsultieren, nachdem der Generalsekretär und die federführenden Ausschüsse ihre eigenen Revisionsvorschläge unterbreitet hatten, und nicht zu erwarten, daß die Versammlung ihre Arbeiten auf den ursprünglich im Mai 1976 verabschiedeten Plan stützt;
10. betont erneut die Bedeutung der Verwirklichung der Absätze 13 und 14 der Entschließung (74) 33, die Bezug nimmt auf die Prioritäten des Mittelfristigen Plans und die Notwendigkeit, ein geeignetes Instrument zur Bestimmung dieser Prioritäten einzurichten;
11. fordert das Ministerkomitee auf, die Versammlung viel ausführlicher über seine Haushaltspolitik für den von dem Plan erfaßten Zeitraum und insbesondere über die Verteilung der Haushaltsmittel und des verfügbaren Personals auf jeden der Hauptsektoren zu unterrichten;
12. betont nachdrücklich die Notwendigkeit eines konstruktiven Dialogs zwischen dem Ministerkomitee und der Versammlung über die Planung und Programmierung der zwischenstaatlichen Aktivitäten des Europarates;
13. schlägt vor, daß eine Ad-hoc-Delegation von Abgeordneten, die die direkt betroffenen Ausschüsse der Versammlung vertreten, den Mittelfristigen Plan auf einer Sondersitzung des Gemeinsamen Ausschusses erörtern sollte, der zumindest beim ersten Mal auf der Ebene der Stellvertreter der Minister zusammentreten könnte.

...
...

Tagesordnungspunkt:

Die Qualifikation der Kandidaten für den Europäischen Gerichtshof für die Menschenrechte

(Drucksache 3970)

Berichterstatter: Abg. Piket